



Politische Berichte

Nummer 9 / 12. Jahrgang

26. April 1991

G 7756 D Preis 1,50 DM

In dieser Ausgabe: Kurdistan: „Den Widerstand ... ganz neu zu reorganisieren“ * China: Landwirtschaftskrise droht * Treuhänder gegen Ostberliner Industrie * Hamburg: Rufbereitschaft für Monteure * Antiimperialismus im „Nord-Süd-Konflikt“

Gegen Flexi- und Niedriglöhne!

Mit der Meßlatte Osttarif schlägt Gesamtmetall auf die Westtarife

Auch nach etlichen Verhandlungsrunden in den westlichen Tarifgebieten der Metallindustrie standen bei Redaktions-schluss provokative 4% Lohn- und Gehaltserhöhung als Angebot; für die Auszubildenden wären das gerade 30 bis 40 DM brutto. Den geforderten Mindestbetrag zwischen

230 und 280 DM lehnt Gesamtmetall nach wie vor entschieden ab. Die Metallindustriellen denken bisher nicht daran, sich auch nur in die Richtung der jüngsten Tarifabschlüsse — im öffentlichen Dienst 6% plus Strukturverbesserungen, in der Bauindustrie 7% — zu bewegen.

Gesamtmetall bekräftigt immer wieder, daß der Tarifabschluß des Jahres 1991 unter den 6% des letzten Jahres liegen müsse. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände betont, daß die 7% der Bauindustrie ein tariflicher Ausreißer und kein Maßstab seien. Immer deutlicher schält sich heraus, daß die Unternehmerverbände jetzt auch im Westen die Ost-West-Spaltung bei Konjunktur und Arbeitsmarkt tarifpolitisch in klingende Münze verwandeln und die Gewerkschaften als oppositionelle Kraft spürbar zurückdrängen wollen. Bei Stumpfe, dem Präsidenten von Gesamtmetall, klingt es so: „Völlig unmöglich wäre es, wenn wir 1991 in der Metall- und Elektroindustrie der alten Bundesländer einen Arbeitskampf führten, weil wir uns nicht darüber einigen könnten, um wieviel Prozentpunkte der Durchschnittslohn von 3500 DM steigen soll, während der Arbeitnehmer in Ostdeutschland im Durchschnitt nur erst 1500 DM verdient.“ (1)

Mit der Meßlatte Osttariflohn soll im Westen alle Kritik an der krassen Lohn-differenzierung, dem Lohndruck bis in den Facharbeiterbereich, der Verteuerung der Lebenshaltung besonders in den großen Städten, der extremen Arbeitsintensität, dem Gesundheitsverschleiß infolge der Arbeitsbedingungen erschlagen werden. Verbesserungen

sollen nur noch bei besonderer Bewährung in der Unternehmensexpansion winkeln. Die Bundesregierung macht es bei den Beamten vor: Deren Besoldungserhöhung tritt erst mit zweimonatiger Verspätung in Kraft; aber wer in den Osten geht, kriegt saftige Zuschläge, verlockende Karrieresprünge und bessere Pension.

Die Tarifbewegung 1991 scheint auch das Feld, auf dem die IG Metall als Kraft des Widerstands gegen Kapital und reaktionäre Politik für jedermann sichtbar in die Schranken gewiesen werden soll. Viele Erwartungen verbinden sich im Osten mit der IG Metall. Für Mitte März 1991 meldet die IG Metall 1037000 Mitglieder in den östlichen Bundesländern, deren Wirtschaftsstatistik 1100000 Beschäftigte in der Metallindustrie ausweist. Mit dem jüngsten Tarifabschluß im Osten hat Gesamtmetall schon manche Enttäuschung über die Gewerkschaft erzeugen können. Ein schlechter Abschluß im boomenden Westen, der durch die prozentuale Anbindung auch im Osten wirkt, würde diese Wirkung noch verstärken.

Die Bundesregierung ist nicht ohne Erfolg bemüht, die Gewerkschaften zu isolieren. Dem Ruf des Kanzlers zu einer „Zeit der Gemeinsamkeit“ ist der Vorsitzende der SPD gern gefolgt. Die Annäherung der SPD an die Regierung

hat die Unternehmerverbände wie die Regierung sofort zum Angriff auf die Gewerkschaften ermuntert. Die Hetze gegen die gewerkschaftlich unterstützten Demonstrationen im Osten wurde maßlos, die gewerkschaftliche Forderung nach mehr Einfluß auf die Treuhand demonstrativ mißachtet.

Die Regierungspropaganda, die Parteienhetze gegen Gewerkschaften und die Verhandlungstaktik von Gesamtmetall fügen sich zusammen: Gesamtmetall macht ein demonstrativ miserables Angebot, Regierung und Regierungsparteien trachten danach, einen Streik als Sabotage am gesamtdeutschen Aufbauwerk zu denunzieren und unmöglich zu machen. Am Ende soll ein schlechter Abschluß, den Gesamtmetall am liebsten durch „zentrale Abstimmung“ (Stumpfe) mit dem Vorsitzenden der IG Metall oder vielleicht über eine Schlichtung unter Dach und Fach bringen würde, immer noch besser aussehen als 4%. Der Mindestbetrag soll dabei, vielleicht in Form der einen oder anderen Pauschalzahlung, auf der Strecke bleiben.

Diese Rechnung muß nicht aufgehen. Der Rückhalt in den Belegschaften und den gewerkschaftlichen Gliederungen für die Lohnforderungen, auch für den Mindestbetrag, ist stark und angesichts der Steuertreiberei noch gefestigt.

Quelle: (1) Handelsblatt, 28.3.91 — (rok)



Bundesverteidigungsminister Stoltenberg (CDU) will „prüfen“, ob die Bundeswehr auch iranischen Boden betreten und direkt im Irak mit Flüchtlingsversorgung beauftragt werden soll. 200 Soldaten sind bereits vor Ort, sollen koordiniert werden — „humanitäre Hilfe“, um die Beschränkungen des Grundgesetzes für den Einsatz der Bundeswehr im Ausland zu knacken. — (mak)

USA — Eisenbahnerstreik

US-Kongreß verbietet Streik, verordnet Zwangsschlichtung

Der Streik der 235000 Eisenbahnarbeiter hatte gerade am Mittwoch (17.4.) um 7 Uhr begonnen, als der US-Kongreß noch am gleichen Tag abends im Eilverfahren ein Gesetz verabschiedete, das den Streik aufhob und eine neue Schlichtungskommission einsetzte. Es war der erste Eisenbahnerstreik in neun Jahren. Das Repräsentantenhaus stimmte 400 zu 5. Das Gesetz passierte den Senat ohne Gegenstimme. Präsident Bush hatte Anweisung gegeben, ihn zu wecken, sobald das Gesetz das Weiße Haus erreicht habe, damit er es sofort unterzeichnen könne und die Arbeit um 7 Uhr mit der Frühschicht wieder aufgenommen werde.

Das Gesetz setzt einige Empfehlungen der letzten Schlichtungskommission in Kraft, darunter eine 3%ige Lohnerhöhung im Juli und 4% in 1994 und verschiedene Einmalzahlungen. Die neu eingesetzte Schlichtungskommission hat 65 Tage, um die übrigen Streitpunkte zu lösen und eine bindende Schlichtung zu erlassen.

Die Gewerkschaften dürfen keinen neuen Streik ausrufen, und die Eisenbahnkapitalisten dürfen nicht aussperren. Während der 65 Tage dürfen die Arbeitsbedingungen der Eisenbahner nicht verändert werden. Die Verträge von drei Gewerkschaften, die schon mit den Kapitalisten abgeschlossen hatten, bleiben in Kraft. In den Tagen vor Streikbeginn hatten die Zeitungen ausgiebig das Chaos und die schweren wirtschaftlichen Schäden eines mehrtägigen US-weiten Eisenbahnerstreiks ausge-

malt. Eine halbe Million Arbeiter in anderen Industrien könnten zeitweise entlassen werden, so Verkehrsminister Samuel Skinner, wenn der Streik vier Tage andauere. Insbesondere die Autoindustrie hat offensichtlich ihre Lagerhaltung von Teilen auf ein Minimum von ein bis zwei Tagen reduziert und ist auf kontinuierlichen Nachschub angewiesen. Das Argument des nationalen Notstands ist sofort von Kongreßabgeordneten wiedergekaut worden: es war eine Aktion, „um unsere Nation vor der ökonomischen Katastrophe zu bewahren“, sagte der Abgeordnete Ritter, einer der Verhandlungsführer mit Kapitalisten und Gewerkschaften.

In den seit drei Jahren andauernden Auseinandersetzungen mit den (Fracht-) Eisenbahnfirmen geht es um Lohn, Arbeitsregelungen wie Größe einer Zugbesatzung und Streckenkilometer pro Tag und Krankenversicherungskosten. Die Eisenbahner haben seit drei Jahren keine Lohnerhöhung gehabt. Sie verlangen Lohnerhöhungen, die frühere Lohnstopps ausgleichen, was die Kapitalisten ablehnen. Die Gewerkschaften lehnen die Empfehlungen der ersten von der Regierung eingesetzten Schlichtungskommission ab, weil sie neben zu geringen Lohnerhöhungen zu 20000 Entlassungen führen würden. Regierung und Kapitalisten hatten am Mittwoch den Kongreß aufgefordert, diese Empfehlungen bindend zu erklären. Zumindest das haben die Gewerkschaften durch Druck auf die Demokratische Partei verhindert. — (her, ger)

12000 für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes



Etwa 12000 Demonstranten protestierten am 22. April in Bonn gegen die Massaker an Kurden. Aufgerufen hatte ein Bündnis von Feyka Kurdistan und linken türkischen Organisationen. Die

Teilnehmer lehnten die Errichtung angeblicher „Schutzzonen“ für Kurden schroff ab und forderten Selbstbestimmungsrecht für das kurdische Volk. — (rül, Bild: af/mz)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

SPD-Bezirk gegen GG-Änderung für Bundeswehr-Auslandseinsatz

Der SPD-Bezirk Ostwestfalen-Lippe hat auf einem außerordentlichen Bezirkstag am 23. März in Beverungen eine vom Unterbezirksvorstand Bielefeld eingebrachte Resolution mit großer Mehrheit verabschiedet. In ihr wird die Bundestagsfraktion aufgefordert, einer Grundgesetzänderung zum Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes nicht zuzustimmen. Auch der Einsatz von sog. „Blauhelmen“ im Rahmen der UNO wird abgelehnt. Nach dem Verhalten der Vereinten Nationen im Golfkrieg sei die UNO „reformbedürftig.“

Quelle: Neue Westfälische Ztg., 27.3. — (stb)

„Deutsche Allianz“ kündigt Gründung als Partei an

Die „Deutsche Allianz — Vereinigte Rechte“ kündigt für den 3. Oktober die Konstituierung als Partei an, an „historischem Ort“, in Berlin oder Hambach. Danach will man sich auch an Wahlen beteiligen. Ehemals führende Republikaner wie Harald Neubauer, aber auch NPDler wie Mußgnug und Schützinger betreiben die Sammlungsbewegung und

haben zur Zeit vor allem von seiten ehemaliger Republikaner Zulauf: der niedersächsische frühere Rep-Landesvorsitzende Norbert Margraf, Erich Fuchs, ehemaliger Landesvorsitzender in Hessen sowie Hubert Peter Fladung, z.Zt. noch immer im Bundesvorstand der Republikaner, traten jetzt der „Deutschen Allianz“ bei. — (u.b.)

Anwälte von RAF-Gefangenen gegen Desinformation der BAW

Gegen die laufende Desinformation der Bundesanwaltschaft teilen die Anwälte der Gefangenen aus der RAF in einer Presseerklärung vom 12.4. mit: „Wir Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen der Gefangenen aus der RAF, die in den letzten Wochen im Zusammenhang mit den ‚DDR/MfS-Geschichten‘ erwähnt wurden, haben mit unseren Mandanten/innen gesprochen. — Die Gefangenen wollen offen das zur DDR sagen, was zu sagen ist. — Jetzt ist die Frage, ob der Staat sie zu Wort kommen läßt und die Gefangenen damit das Notwendige zur Klärung beitragen werden oder ob das Interesse an gezielter und selektiver (Des)Information der Öffentlichkeit weiterhin bestimmend ist. Zu den Informationen, die im Zusammenhang mit

den Zellendurchsuchungen in der Woche vor Ostern an die Öffentlichkeit gelangt sind, ist folgendes festzustellen: 1. Es gibt unter den Gefangenen keine Diskussion über einen neuen Hungerstreik. Das schließt nicht aus, daß einzelne Gefangene dazu was schreiben. 2. Es ist bei den Gefangenen nichts gefunden worden, was mit der jüngsten Aktion der RAF zu tun hat.“ — (scc)

Neonazis „feiern“ Hitlers Geburtstag

In etlichen Städten „feierten“ am 20./21.4. Neonazis Hitlers 102. Geburtstag. 150 sammelten sich in Dresden zu einer angemeldeten Demonstration und zogen mit „Sieg-Heil“ durch die Straßen. In Leipzig drangen sie in ein Ausländerwohnheim ein. In Erfurt bedrohten Nazi-Skins Hotelgäste. In Osnabrück fielen Neonazis über hungerstreikende Kurden her. Zelt und Plakate wurden verbrannt, Bürotüren des Ausländerbeirats und des AK Dritte Welt demoliert. Die Täter hinterließen Aufkleber der Nationalistischen Front Bielefeld. Die polnische Zeitung „Gazeta Wyborza“ berichtet, am 20./21.4. habe es die meisten Übergriffe auf Polen seit Öffnung der Grenze am 8.4. gegeben. — (u.b.)

Rheinland-Pfalz: CDU verliert nach 40 Jahren die Mehrheit

Erstmals hat die CDU ihre seit 44 Jahren gehaltene Mehrheit (bis 1987 absolute Mehrheit) im Landtag verloren. M. jetzt 38,7% hat sie ihr schlechtestes Wahlergebn erreicht. Die SPD hat mit 44,8% die Wahl gewonnen, FDF (6,9%) und die Grünen (6,4%) sind ebenfalls im Landtag vertreten. An rechten Parteien kandidierten die REP (2,0%), die ÖDP (0,9%) und die DA (Deutsche Allianz, Heimatbündnis, 0,2%). Hatte noch bei den Landtagswahlen 1987 die DKP kandidiert, sprach sich diesmal auch die PDS/Linke Liste gegen eine Kandidatur aus; das Ergebnis bei den Bundestagswahlen war da ausschlaggebend. Die Wahlbeteiligung lag bei 73,9%. Obwohl die SPD mit dem Wahlslogan „Wer so lügt, den wählt man nicht“ den Wahlkampf bestritten hat, ist sie wohl eher an einer Koalition mit der FDP interessiert. „Die Politik der Grünen ist unberechenbar“, so Rudolf Scharping (SPD, angehender Ministerpräsident) am Wahlabend in den Medien. Außerdem müsse die SPD jetzt auch den ehemaligen CDU-Wählern, die zur SPD gewechselt haben, gerecht werden. — (urb)

Aktuell in Bonn

Verfassungsreform

Der Bundesrat hat am 19. April eine 32-köpfige Kommission zur Überarbeitung des Grundgesetzes eingesetzt. Der Bundestag wird ebenfalls eine Kommission in der gleichen Stärke bilden, so daß dann eine gemeinsame Kommission mit 64 Mitgliedern besteht. Im Vorfeld der Arbeit des vom Bundesrat bestellten Gremiums erklärte die SPD, daß sie eine Volksabstimmung über die geänderte Verfassung anstrebt (CDU: dagegen). Umstritten sind ebenfalls die Staatsziele Umweltschutz, Recht auf Arbeit und Wohnen. Johannes Rau (SPD) nannte das kommunale Ausländerwahlrecht und „mehr plebiszitäre Elemente“. Max Streibl (CSU): „keine Experimente!“

Verpackungsverordnung

Am 19. April billigte der Bundesrat eine von der Bundesregierung vorgelegte neue Verpackungs-Verordnung. Die Verordnung schreibt u.a. vor, daß 73 % aller Getränkeverpackungen im Durchschnitt Mehrwegverpackungen (also zumeist Glas) sein müssen. Diese „Mehrwegquote“ soll bis zum Jahr 2000 auf 81 % steigen. Ab 1.12.91 müssen die Händler Verpackungen im Laden zurücknehmen, ab 1.4.92 sog. Umverpackungen, ab 1.1.93 auch Verkaufsverpackungen. Auf Einwegverpackungen wird ein Pfand erhoben. Die EG-Kommission hat gerügt, die Verordnung könne den Außenhandel behindern. Von den Kapitalisten kommt kein Einspruch: Sie werden sich die Mehrwegverpackungen über Preisanhebungen bezahlen lassen.

Gegen Lausch-Zollamt

Entgegen allen Erwartungen hat der Bundesrat am 19. April die nach Regierungsentwurf zusätzlich geänderten Bestimmungen zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes und des Straßengesetzes nicht verabschiedet. Deren offizielle Ziel sollten eine verschärfte Exportkontrolle und eine härtere Bestrafung von illegaler Waffenausfuhr sein. Das Motiv der Ablehnung scheint nicht das Bestreben gewesen zu sein, illegale oder überhaupt Rüstungsexporte zu begünstigen. Eine knappe Bundesratsmehrheit hatte Bedenken, das Zollkriminalamt zum Abhören von Telefongesprächen und zum Öffnen von Briefen zu ermächtigen. Der niedersächsische Bundesratsminister Trittin (Die Grünen) kritisierte, daß die Zollbehörde mit solchen Befugnissen zu einer Art Geheimdienst umgewandelt werden könnte.

Mehr Lauschangriffe

Die rechtspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Geis und Hörster, wollen das Abhören von Wohnungen erleichtern. Ein Gesetzesentwurf gegen „organisierte Kriminalität“, der derzeit im Bundestag liegt, erlaubt das nur, wenn V-Leute in der Wohnung sind. Diese Einschränkung soll nach

dem Willen von CDU/CSU fallen. Offen ist noch, bei welchem Verdacht die Unionsparteien künftig solche „Lauschangriffe“ bereits zulassen wollen.

Bildungswesen: Krise

Am 19. April fand in Bonn die Kultusministerkonferenz (KMK) statt. Im Westen stieg die Zahl der Studierenden um 5,1 Prozent, im Osten sank sie um 1,6 Prozent. KMK-Präsident Erhardt: Dies sei die beginnende Westwanderung, die ein Gesamtkonzept nötig mache. Zur Schulzeitverkürzung: Es sei eine Freigabe angestrebt, das Abitur nach acht oder neun Jahren Gymnasialzeit zu erwerben. Schulministerin Birtler sagte für die neuen Länder, sie müßten schon aus finanziellen Gründen an 12 Jahren Schulzeit festhalten. (Beispiel: Mecklenburg-Vorpommern plant die Entlassung von 20.000 Beschäftigten im Bildungsbereich, 26 Prozent des Gesamtpersonals!)

8,3 Mrd. DM für Waigel

Die Bundesbank hat im Geschäftsjahr 1990 einen Jahresüberschuß von 9,1 Mrd. DM erzielt, 8,3 Mrd. DM davon werden an die Bundesregierung überwiesen. Finanzminister Waigel hatte im Haushaltsplan 7 Mrd. DM veranschlagt. Der leichte Rückgang des Bundesbankgewinns gegenüber dem Vorjahr ist eine Folge des Kursrückgangs des Dollars im letzten Jahr: Dollarguthaben der Bank mußten deshalb um 9 Pfg. je Dollar niedriger bewertet werden. Ohne diese Neubilanzierung wäre der Gewinn der Bank noch deutlich höher als im Vorjahr (10,3 Mrd. DM) ausgefallen.

Telefon: Elertanz

Zwei Tage vor der Wahl in Rheinland-Pfalz: doch keine massive Gebührenerhöhung (zum 1. April war bereits der Zeittakt für Ortsgespräche verkürzt worden)! Die Frei-Einheiten (ex-DDR: bisher keine, ex-BRD: bisher 20) werden einheitlich auf 10 festgelegt (d.h. Erhöhung der Grundgebühr um 2,80 DM pro Monat im Westen). Der Bund verzichtet auf die Hälfte der beschlossenen Telekom-Ablieferung von acht Milliarden Mark. Doch soll Telekom diese 4 Milliarden dennoch bezahlen — als Vorschuß für die Jahre 1993-96. Peter Paterna (SPD): „Dreistes Täuschungsmanöver“.

Was kommt demnächst?

Am 25.4. beginnt in Neumünster der Bundesparteitag der Grünen. Am 7. und 8. Mai berät Genscher in Teheran mit der Regierung Irans über eine Ausweitung des Bundeswehreseinsatzes zur „Kurdienhilfe“ an der iranisch-irakischen Grenze. Am 13. Mai ist die nächste Sitzung des Bundestags, am 17. Mai tagt der Bundesrat. Am 2. Juni sind Bürgerschaftswahlen in Hamburg. Für den 20./21.6. ist die Entscheidung des Bundestags in der Hauptstadtfrage geplant.

Revanchisten „europäische Kulturträger“?

SPD tritt nicht für generelle Streichung der Gelder der Vertriebenen ein

In der bürgerlichen Öffentlichkeit bis hinein in die Regierungskoalition gibt es verhaltenen Unmut über die Politik der Vertriebenenverbände insbesondere in Polen. Vor einigen Wochen beschlagnahmte die Polnische Regierung die Zeitung „Der Schlesier“. Der Bundesverband der Vertriebenen verlangte vom Auswärtigen Amt, einzuschreiten und dagegen vorzugehen. Nichts geschah.

Der „Deutsche Ostdienst“ vermeldete am 12.4., daß die Landsmannschaft der Schlesier zum ersten Mal seit 45 Jahren ein Seminar für „25 Angehörige der deutschen Volksgruppe in Schlesien“ durchführte. Thema: „Verwaltungskunde, Praxis des Schriftverkehrs, Organisation von Seminaren, also Wissen, welches zu einem gesunden Verbandsleben gehört.“ (1)

Die Vertriebenenverbände haben seit dem Fall der Mauer ihre Siedlertätigkeit in Polen enorm verstärkt. Seit dem Abschluß des 2+4-Vertrages hat die Bundesregierung den Etat dafür sogar noch erhöht. Um das Vertragsziel und die staatliche Souveränität Polens zu achten, hätte sie den Etat sofort streichen müssen. Die CDU/CSU fährt aber zweigleisig: Verträge mit Polen und Unterstützung der Vertriebenenverbände, damit sie ihre Kampagne für „Autonomie“ und eine Abstimmung der „deutschen Volksgruppe“ über deren staatliche Zugehörigkeit verstärken können.

Seit Jahren gibt es Bestrebungen, auf kommunaler und Landesebene mit Bürgeranträgen, Unterschriftensammlung, Anträgen und vielem anderen die Förderung der Vertriebenenverbände zu unterstützen. Die Grünen hatten im Bundestag schon einmal einen Antrag eingebracht.

Der hier dokumentierte Antrag der SPD-Bundestagsfraktion vom Januar

dieses Jahres ist ein Schritt zurück, die darüber stattgefundene Bundestagsdebatte ein weiterer. Es geht der SPD vor allem darum, einen Keil zwischen CDU und FDP zu treiben. Das führt dazu, daß sie dafür eintritt, daß „das kulturelle Erbe der Deutschen“ durch das Auswärtige Amt organisiert werden soll.

Der Abgeordnete Lüder von der FDP ließ sich darauf aber nur zum Teil ein: Die FDP tritt für die Förderung der ostdeutschen Kulturarbeit ein, wie sie im Inland „auch und gerade von den Vertriebenenorganisationen wahrgenommen wird“. Alles andere sei Sache des Auswärtigen Amtes.

Gegenüber SPD und FDP argumentierte die CDU-Abgeordnete Frau Dr. Wisniewski relativ geschickt. Die „ostdeutsche Kulturarbeit“ müsse nach den neuen Verträgen überprüft werden im „Sinne einer grenzüberschreitenden Kulturarbeit“. Aber das darf nicht nach den alten nationalstaatlichen Denkmustern geschehen, wie sie im SPD-Antrag anklingen.

Die CDU will die offene Einmischung legalisieren. Eine ähnliche Politik betreibt z.B. die UNO gegenüber dem Irak bei den kurdischen Flüchtlingen, nämlich den Grundsatz der Nichteinmischung völlig zu beseitigen.

Die CDU-Abgeordnete entwickelte daraus ganz beiläufig den deutschen Vormachtgedanken: „Auf beides — auf die Bewahrung des kulturellen Erbes, aber auch auf die vermittelnde Weitergestaltung für die Zukunft — muß ostdeut-

sche Kulturarbeit heute gerichtet sein. Sie ist nicht nur ein Angebot an die in ihrer Heimat verbliebenen Deutschen bzw. Deutschstämmigen, ihre Kultur und die Kultur ihrer Vorfahren weiter zu pflegen, sondern sie ist zugleich auch ein Angebot an die dort lebenden Polen, sich mit der deutschen Kultur und Kulturgeschichte und ihrer neuen Heimat auseinanderzusetzen.“ (2)

Ganz salopp wird das „Zeitalter der europäischen Einheit“, die Einmischung in andere Länder begründet und gleichzeitig das deutsche Herrenbild wieder ausgegraben: Die Polen könnten ja von der „deutschen Kultur“ lernen und ihre „neue“ Heimat schätzen lernen. In dieser deutschen Arroganz steckt auch dumpf eine Drohung, noch ganz andere Mittel aufzufahren, wenn sich die Polen für dieses „Angebot“ nicht interessieren.

Der Kulturarbeit der Vertriebenenverbände soll also verstärkt eine europäische Aufgabe zukommen. Das ist unumstritten, ob nur im Ausland oder Inland, ist eine zweitrangige Frage. Denn die Vertriebenen haben viel Geld und Verbindungen und werden selber entscheiden, wo und wie sie diese Gelder ausgeben. Die Vertriebenenverbände werden Träger „ostdeutscher“ Kultur- und Siedlungspolitik werden, ein lukratives Betätigungsfeld auch für Faschisten.

Quellen: (1) Deutscher Ostdienst (Hing. BdV), Nr. 15, 12. April 1991, S. 6; (2) Deutscher Bundestag, 10. Sitzung, 22.2.91 — (jod)

SPD-Antrag: „Ostdeutsche Kulturarbeit im Lichte des Grenzvertrages mit Polen“

Der Bundestag wolle beschließen: Die Bundesregierung wird aufgefordert, als Konsequenz aus dem Vertragswerk mit der Republik Polen die politischen und kulturpolitischen Aktivitäten des Bundesverbandes der Vertriebenen im Ausland, soweit diese aus öffentlichen Geldern finanziert werden, einer gründlichen Prüfung zu unterziehen.

Begründung

Aus Äußerungen der gewählten Sprecher, wie auch aus veröffentlichten Stellungnahmen in Publikationen des Vertriebenenverbandes geht eindeutig hervor, daß dieser Verband den von der Bundesregierung abgeschlossenen und vom Deutschen Bundestag ratifizierten Grenzvertrag mit Polen, der die polnische Westgrenze endgültig und völkerrechtlich verbindlich anerkennt, nicht akzeptiert. Der Präsident des Verbandes, Dr. Czaja, arbeitet auf eine baldige Änderung des Zwei-plus-Vier-Vertrages und des Grenzvertrages hin (siehe Deutscher Ostdienst, 4.1.1991) und verbreitet diese Haltung in

von der Bundesregierung nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) mitfinanzierten Publikationen. Der Kulturarbeit auch im Ausland mißt der Verband allem Anschein nach erhebliche Bedeutung für das Ziel der Revision des Vertrages zu. Damit wäre die Kulturarbeit in ihr Gegenteil verkehrt. Sie soll der Verständigung unter den Völkern dienen und nicht neuen Konflikten Nahrung geben, sie darf nicht Ziele der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland verletzen.

Für Kulturarbeit im Ausland sind die Mittlerorganisationen und das Auswärtige Amt zuständig. Entsprechend muß auch der § 96 BVFG neu gestaltet werden. Das kulturelle Erbe der Deutschen, die viele Jahrhunderte in Osteuropa gesiedelt haben, ist Teil der Kultur aller Deutschen und muß weitergepflegt werden. Die Erinnerung daran in den Staaten Osteuropas soll im Rahmen der Auswärtigen Kulturpolitik in Zusammenarbeit mit unseren Nachbarstaaten erfolgen.

Bundestagsdrucksache 12/59



Propaganda des BdV

Chemiekonzerne: 1990 erneut hohe Gewinne

Währungsverluste, höhere Ölpreise und schlechte US-Konjunktur verhindern neuen Rekord

1990 ist das achte fette Jahr für Bayer, BASF, Hoechst usw. gewesen. Von einer „Krise der Chemieriesen“, die nach Rückgängen des Gewinns vor Steuern in Teilen der Medien

vermeldet wurde, kann nicht die Rede sein. 1990 liegt noch vor 1987, die Aktionäre werden mit immensen Summen bedient, und ein neuntes fettes Jahr droht.

Nach dem absoluten Rekordjahr 1989, in dem allein die IG-Farben-Nachfolger Bayer, BASF und Hoechst einen Gewinn vor Steuern von zusammen 12,66 Milliarden DM zusammengefaßt hatten, von denen nach Steuern 6,24 Mrd. DM blieben und 2,44 Mrd. DM als Dividende ausgeschüttet wurden, vermeldeten die drei Konzerne für 1990 einen um 18 %, 37 % bzw. 22,5 % gesunkenen Gewinn vor Ertragssteuern. Mit diesem Gewinn von zusammen 9,36 Mrd. DM liegen die Konzerne immer noch höher als 1987. Fast einheitlich vermelden Bayer, BASF und Hoechst ein verbessertes Inlandsgeschäft mit ersten Vorteilen aus der Annexion und Kolonisierung der DDR. Auch das Geschäft im Bereich EG ist verbessert.

Trotz Mengenwachstum von 2 bis 3 % gingen die Umsätze zwischen 2 und 4 % zurück, letzteres aufgrund von Preisrückgängen und insbesondere Währungsverlusten (Dollar/Yen), die allein eine rechnerische Umsatzeinbuße von 6 Prozent ausmachen. So wäre das Geschäft der ausländischen Beteiligungsgesellschaften von Hoechst zu Devisen-

kursen von 1989 um 2,8 Mrd. DM höher ausgefallen, was den um 1 Milliarde auf jetzt 44,9 Mrd. DM gesunkenen Umsatz und den um 900 Mio. DM auf jetzt 3,2 Mrd. DM gesunkenen Gewinn vor Steuern bei näherer Betrachtung in einem reichlich besseren Licht darstellt.

Daß in der letzten Woche die BASF AG, die einen Rückgang des Gewinns vor Steuern von 37 % in 1990 verkraften mußte und in der Brutto-Umsatzrendite mit 5,9 % nach Hoechst (7,2 %) und Bayer (8,1 %) an letzter Stelle steht, eine unveränderte Dividenden-Ausschüttung von 13 DM je 50-DM-Aktie ankündigte, läßt beinahe mit Sicherheit die Annahme zu, daß diese Größenordnung auch durch Hoechst und Bayer beibehalten wird. Dieses wären wiederum fast 2,4 Mrd. DM für die Aktionäre der IG-Farben-Nachfolger. Zum Vergleich: 1987 waren es nur 10 DM je Aktie oder ca. 1,8 Mrd. DM.

Trotz auch weiterhin wirksamer weltweiter Konjunkturabschwächung (regional und nach Sparten stark differenziert) in der Chemieindustrie und „verhaltenem“ Geschäft in den ersten beiden

Monaten dieses Jahres gehen die Vorstände der drei Chemiekonzerne, in deren Firmen weltweit fast 500.000 Arbeiter und Angestellte tätig sind und deren Kapazitäten sehr gut ausgelastet sind, von einem optimistischen und wiederum „ertragreichen“ Verlauf des Jahres 1991 aus. Den Ausgang des Golfkriegs und den Anstieg des US-Dollars nimmt der Bayer-Vorstandsvorsitzende Hermann J. Strenger als Indizien für eine „positive Veränderung der Rahmenbedingungen“ und für „ein wiederum befriedigendes Ergebnis in 1991“.

Die BASF-Gruppe will nach 4,46 Mrd. DM (1990) in 1991 die Rekordsumme von 5 Mrd. DM in Sachanlagen investieren. Der Bayer-Konzern hat 1990 3,7 Mrd. DM in Sachanlagen investieren und zusätzlich allein für den Kauf des nordamerikanischen Kautschuk-Herstellers Polysar rund 1,1 Mrd. Dollar (ca. 1,8 Mrd. DM) aufbringen können. Allein der Aufwand für Forschung und Entwicklung betrug im Hoechst-Konzern in 1990 über 2,7 Mrd. DM.

Quellen: Handelsblatt, Welt, Süddeutsche Zeitung, März und April 1991 — (mio)

Bezahlung unter Tarif

Regierungskommission verlangt Abbau des Tarifrechtes

Nachdem die Treuhand-Politik der christlich-liberalen Koalition als Ergebnis Millionen neue Arbeitslose zeitigte, nimmt die Bundesregierung jetzt diese eigenproduzierte Chance wahr, ihre schon seit mehreren Jahren eingeleiteten Angriffe auf das Tarifrecht und andere Rechte der Lohnabhängigen auf den Weg der Gesetzesfassung zu bringen.

Ausgangspunkt für die geplanten Gesetzesvorhaben sind die Vorschläge, die eine von der Regierung eingesetzte „Expertenkommission zum Abbau marktwidriger Regulierungen“ im Mai in einem Bericht vorlegen wird. Am 11.4.91 veröffentlichte das „Handelsblatt“ einige Festlegungen daraus:

— Bezahlung unter dem geltenden Tarif: Die Firmeneinhaber sollen „im Notfall“ durch Betriebsvereinbarungen tariflich gesicherte Löhne, Sonderzahlungen, Urlaubsdauer, Urlaubsgeld oder Kündigungsfristen „vorübergehend herabsetzen“ können. Außerdem sollen Lohnabhängige, die seit einem Jahr arbeitslos sind, „befristet untertarifliche Einstiegevergütungen und verlängerte Probezeiten“ hinnehmen. Damit diese staatlich garantierten Lohnsenkungen flächendeckend und branchenweit durchgesetzt werden können, hält die Expertenkommission für nötig, die

Möglichkeit der staatlichen Allgemeinverbindlich-Erklärung von Tarifverträgen zu beschränken. Dieser Schutz gegen Bezahlung unter Tarif soll weg — reduzierter Kündigungsschutz: Bei Einvernehmen zwischen Unternehmer und Betriebsrat soll gegen eine betriebsbedingte Kündigung nicht mehr — außer bei „Willkür“ — geklagt werden können. Ganz im Sinne des Arbeitsministers Blum, dem sowieso zu viele Lohnabhängige als Schwerbehinderte anerkannt sind, sollen Schwerbehinderte bei Neueinstellung nicht mehr das klare Recht auf besonderen Kündigungsschutz, sondern nur noch die „Wahnmöglichkeit“ zwischen allgemeinem und besonderem Kündigungsschutz haben.

— Gewerksmäßige Arbeitsvermittlung wird zugelassen. So können die Arbeitslosen ohne das Recht auf Bezahlung nicht unter Tarif — wie beim Arbeitsamt einklagbar — verkauft werden.

Der Experte der Gewerkschaften in dieser Kommission, Markmann, hat diese und weitere Vorschläge als „unzumutbare Verletzung des Sozialstaatsgebotes des Grundgesetzes“ zurückgewiesen. Erfolgreich durchgesetzte Mindestforderungen zugunsten der unteren Lohngruppen werden einen Riegel gegen die Regierungspläne bilden. — (jod)

Internationale Umschau



Mitglieder der US-Stahlarbeitergewerkschaft USWA aus West Virginia (USA) protestierten Anfang April in New York vor dem Sitz der Geschäftsführung des Aluminium-Konzerns Ravenswood Aluminium Co. (Bild) Seit November 1990 sind 1700 Gewerkschaftsmitglieder im Stammwerk Ravenswood von der Betriebsführung ausgesperrt, die gegen die Weigerung des Management, über einen neuen Tarifvertrag zu verhandeln, in den Streik getreten waren. Die Geschäftsführung hat Streikbrecher eingestellt und versucht so, den Streik zu brechen. — (rül)

Brasilien: Streik der Metallarbeiter in Sao Paulo

Seit dem 15. April streiken im größten Industriegebiet Brasiliens, in der Region Sao Paulo, etwa 40000 Metallarbeiter. Die Produktion in der Automobilindustrie, aber auch bei zahlreichen Zulieferern und anderen Metallbetrieben, ist durch den Streik weitgehend lahmgelegt. Außer in den bestreikten Betrieben ruht die Arbeit in weiteren Werken mit 60000 Beschäftigten wegen fehlender Teile. Der Streik richtet sich gegen die anhaltenden Lohnsenkungen der Konzerne und der Regierung. Die Gewerkschaften verlangen eine Lohnanhebung um 216 Prozent, um so die Teuerungsverluste auszugleichen. Die Kapitalisten wollen bisher nur knapp 90 Prozent Lohnanhebung bezahlen.

Quelle: Neue Zürcher Zeitung, 20.4.91 — (rül)

Österreich: Regierung drängt auf raschen EG-Beitritt

Die österreichische Regierung erwartet schon in den nächsten beiden Monaten ein positives Votum der EG-Kommission zu ihrem 1989 eingereichten Antrag auf Beitritt Österreichs in die EG. Bei einem Treffen mit dem für die Außenbeziehungen der EG zuständigen niederländischen EG-Kommissar Andriessen, dem belgischen Premier Martens und Außenminister Eyskens erklärte der christdemokratische Außenminister Österreichs, Vizekanzler Mock, Österreich sei auch zu einem schnellen Beitritt zum Währungsverbund EWS bereit. — (rül)

Peru: Die Cholera weitet sich aus

Die Choleraepidemie in Peru breitet sich weiter aus. Nach letzten Meldungen ist die Zahl der Todesopfer inzwischen auf 900 gestiegen, die Zahl der Erkrankten auf 130000. Inzwischen liegen auch aus den Nachbarstaaten Hinweise auf Cholera-Erkrankungen vor. Die Meldungen über die direkte Verursachung der Cholera-Erkrankungen durch die enorme Not der armen Bevölkerung in Peru reißen nicht ab. In den ärmeren Vierteln der Hauptstadt beispielsweise wurde festgestellt, daß über 60 % der dort angebotenen Fische und 80 % der dort angebotenen Meeresfrüchte Fäkalienrückstände aufweisen. Etwa die Hälfte der Bevölkerung Perus lebt ohne Wasserversorgung und Kanalisation. Für viele ist selbst der Brennstoff zum Abkochen des Wassers nach den jahrelangen Einkommenssenkungen, insbesondere seit dem „grausamen“ „Sanierungsprogramm“ der Regierung Fujimori mit den enormen Preissteigerungen, nicht mehr bezahlbar. Die Regierung nutzt die Seuche, um die Löhne noch weiter zu senken. Ein bereits Mitte März begonnener Streik der Lohnabhängigen an den staatlichen Krankenhäusern, deren Hungerlöhne in den letzten Monaten noch einmal um 40 % gesunken sind, wurde von der Regierung vor wenigen Tagen verboten. Wenn die Streikenden nicht zur Arbeit zurückkehren, droht ihnen Entlassung. — (rül)

Thailand: Junta greift Gewerkschaften an

Die erst im Februar an die Macht gekommene neue Militärjunta in Thailand hat Mitte April ein Gesetz verabschiedet, das die Rechte der Gewerkschaften extrem einschränkt. Das Gesetz wurde in Rekordzeit vom Innenministerium erstellt und von dem — von der Junta berufenen — Scheinparlament mit nur drei Gegenstimmen in kürzester Zeit verabschiedet. In Thailand gibt es etwa 100 offiziell zugelassene Gewerkschaften mit 250000 Mitgliedern. Die meisten Gewerkschaftsmitglieder arbeiten bei den staatlichen Elektrizitäts- und Wasserwerken, bei den Fernmelde- und Verkehrsbetrieben und im Hafen von Bangkok, d. h. in Sektoren, die auch für die Profite der Tourismus-Unternehmen und der ausländischen Konzernfilialen im Land von großer Bedeutung sind. Die Arbeiter in diesen Betrieben gelten gegenüber den Hungerlöhnen auf dem Land und in der Privatwirtschaft als „privilegiert“. Ihre Gewerkschaften will nun die Junta zerschlagen, um so das allgemeine Einkommensniveau der Lohnabhängigen in Thailand weiter zu senken. Das neue Gesetz verbietet den Gewerkschaften unter Androhung hoher Strafen, zu Protesten oder gar zu Streiks aufzurufen. Bei Verstößen gegen dieses Verbot droht die sofortige Auflösung der Gewerkschaften. Das neue Gesetz dient aber nicht nur ausländischen Konzernen. Bereits im Februar durch den Militärputsch abgelöste Regierung hatte geplant, mehrere der Staatsbetriebe zu privatisieren. Diese Versuche waren am Widerstand der Gewerkschaften gescheitert. Das neue Arbeitsgesetz der Junta hilft also auch thailändischen Großgrundbesitzern und Bourgeois, sich einzelne profitable Staatsbetriebe anzueignen und den gewerkschaftlichen Widerstand der Lohnabhängigen gegen die neuen Eigner von vornherein zu brechen. — (rül)



Die Streikbewegung von Bergarbeitern in Sibirien, der Ukraine und anderen Teilen der Sowjetunion hat jetzt zu direkten Verhandlungen zwischen den Streikenden und einzelnen Unionsrepubliken geführt. In der größten Grube, der sibirischen Rospadskaja-Zeche, sollen die Arbeiter den Streik beendet haben, nachdem die Regierung der russischen Republik ihnen zugesagt hatte, die Zeche in ein halb-privates, halb-russisches Unternehmen umzuwandeln. Weitere Einzelheiten des Abkommens sind noch nicht bekannt. Allein in Sibirien werden 46 der 76 Gruben im Kusnezer Becken bestreikt, in der Ukraine 82 Kohlegruben. — (rül)

Europaparlament gegen Nichteinmischungs-Prinzip

Christdemokratische, konservative, sozialdemokratische, kommunistische und grüne Fraktionen im Europaparlament haben in einem gemeinsamen Antrag die Einrichtung der sogenannten „Schutz-zonen“ für Kurden im Irak unterstützt. Gleichzeitig forderten sie die UNO in dem gemeinsamen Antrag auf, durch eine „Änderung der UN-Charta über den bloßen Schutz nationaler Grenzen hinauszugehen und Instrumente zu entwickeln, die verhindern, daß totalitäre Regime einen Völkermord verüben“. Die Verfolgung der Kurden im Irak erfülle den Tatbestand des Völkermordes im Sinne der Konvention von 1948.

Die Entschließung bedeutet eine gefährliche Attacke auf den mühsam errungenen Völkerrechtsgrundsatz der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten souveräner Staaten. Das Europaparlament hätte sich — in strikter Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen — ohne weiteres für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes und die Anerkennung kurdischer Organisationen vor der UNO aussprechen können. Das hätte diesen den Weg eröffnet, vor der UNO Klage zu führen und die Interessen des kurdischen Volkes wahrzunehmen — strikt nach der geltenden UN-Charta. Diesen völkerrechtlich einwandfreien Weg hat das Europaparlament aber vermieden. Stattdessen soll die UNO eingesetzt werden, um imperialistischen Einmischungswünschen in innere Angelegenheiten fremder Staaten auch noch den Anschein völkerrechtlicher Legitimation zu geben. Die Reaktionen haben schon angedeutet, wohin die imperialistische Kampagne gegen diesen Völkerrechtsgrundsatz zielt: Auf die Entfesselung innerer Unruhen in fremden Staaten — wie etwa jetzt in Jugoslawien — um auf diesem Weg militärisch intervenieren zu können. Auch die großdeutsch-völkischen Bestrebungen der bundesdeutschen „Vertriebenen“ zielen — in direkter Tradition der faschistischen „Volks-tums“politik, die z. B. den Überfall auf Polen mit Falschmeldungen über polnische „Greuelthaten“ an „Volksdeutschen“ vorbereitete — auf ein solches „neues“ Völkerrecht, um den Einmischungsbestrebungen des BRD-Imperialismus gegen die Staaten Osteuropas den Schein von Legitimation zu verschaffen. Quelle: FAZ, 19.4.91 — (rül)

Polen: Strafen bei Abtreibung verschärft

Abtreibungen werden in Polen vermutlich noch in diesem Jahr generell unter Strafe gestellt. Ein Ausschuß des polnischen Parlaments hat einen entsprechenden Gesetzentwurf der zweiten Kammer unterstützt. Der Entwurf sieht vor, sämtliche Abtreibungen, ausgenommen im Fall unmittelbarer Bedrohung des Lebens der Mutter, unter Strafe zu stellen. Die in erster Lesung am 25. Januar behandelte Gesetzesvorlage des Senats ist damit weiter verschärft. Künftig soll jede abtreibende Frau und Personen, die ihr bei der Abtreibung helfen, mit bis zu zwei Jahren Gefängnis bedroht werden. Die katholische Kirche hatte um das Gesetz eine landesweite Kampagne entfacht und 1,7 Millionen Unterschriften zu seiner Unterstützung gesammelt. — (rül)

Mord an politischen Gefangenen?

In Spanien sollen soziale politische Gefangene liquidieren

Am 21. Dezember vergangenen Jahres erhielt der Gefangene Luis Rivas Dávila hohen Besuch in seiner Zelle im Hochsicherheitstrakt des spanischen Gefängnisses Alcalá-Meco. Ein gewisser Valeriano, Chef einer Abteilung der spanischen Knastbehörden und drei Funktionäre besuchten Rivas Dávila, um ihm einen brisanten Vorschlag zu unterbreiten ... „Falls du eine kleine Entführung machen möchtest, wir geben dir die Schlüssel. Du entführst einen wichtigen Gefangenen der ETA und bringst ihn um.“ Als Belohnung für den kleinen Mord wurde dem Gefangenen die Erfüllung aller seiner Wünsche versprochen. So schildert Rivas Dávila ... in einem Brief an die baskische Tageszeitung „egin“. Rivas Dávila überlegte nicht lange. Er sagte Nein ... Er wurde aufgefordert, sich die Sache noch einmal zu überlegen und dann den Direktor der Anstalt von seinem Entscheid zu unterrichten ... Rivas Dávila unterrichtete Gefangene der ETA von dem Besuch und anschließend „egin“: „Ich habe extreme Depressionen wegen dieser Geschichte und habe das Gefühl, daß sie auf die eine oder andere Weise mit mir Schluß machen werden. Niemals werde ich mich umbringen. Wenn mir etwas passiert, seid sicher, daß sie es waren!“

Wenige Tage, bevor „egin“ den Brief Dávilas publizierte, tauchte dessen Name in einem anderen Zusammenhang in der Presse auf. Im größten spanischen

Gefängnis, in Herrera de la Mancha, meuterten am 18. März mehrere Gefangene und nahmen einen Arzt und zwei Funktionäre als Geiseln. Die Meute wurde von Einheiten der Guardia Civil niedergeschlagen, wobei es zu mehreren Verletzten gekommen ist ... Die Madrider Tageszeitung „El País“ schrieb darauf, daß der von Alcalá-Meco nach Herrera verlegte Dávila mit von der Partie gewesen sei ... Wäre nicht dem sozialen Gefangenen Juan Redondo in der Haftanstalt von Castellón dieselbe Örtlichkeit unterbreitet worden, niemand würde Dávilas Geschichte Glauben schenken ... daß ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, in dem den spanischen Sicherheitsbehörden öffentlich der Prozeß gemacht wird, in Haftanstalten nachgedungen Mördern gesicht wird, paßt schlecht in das Bild vom geläuterten Rechtsstaat. Denn in Madrid steht ein Prozeß gegen zwei hohe Polizeikommissäre bevor, in dem diesen wegen Mitgliedschaft in der paraparlamentarischen Terrororganisation „Grupos Antiterroristas de Liberación“ (GAL) geradestehen müssen (Die GAL verübte zwischen 1983 und 1987 65 Anschläge vor allem auf baskische Flüchtlinge im französischen Baskenland. 26 davon waren tödlich) ... Als Zeuge ist auch der spanische Ministerpräsident Felipe González vor Gericht geladen.

Quelle: Euskadi-Koordination, Postfach 7321, CH-8023 Zürich, Pressemitt. 1/91 — (P.S.)

China: Landwirtschaftskrise droht

Produktivität stagniert, bäuerliche Einkommen sinken

Immer deutlicher ist zu erkennen, daß die unter Deng Xiaoping eingeschlagene Politik der geplanten Marktwirtschaft gerade in der Landwirtschaft von der Substanz zehrt. Länger schon ist nicht mehr zu übersehen, daß die Privatisierung der landwirtschaftlichen Produktion zur Verrottung der in den 60er und 70er Jahren entwickelten Infrastruktur führte; betroffen sind vor allem die Bewässerungssysteme, die verfallen. Jetzt verdeckt selbst die Getreiderekordernte des letzten Jahres nicht mehr, daß die Produktivkraft der Arbeit stagniert. Denn der Zuwachs bei Getreide wurde durch Expansion der Anbauflächen erreicht und mit sinkenden Ernten bei anderen landwirtschaftlichen Produkten bezahlt. Eine weitere Ausdehnung ist jedoch kaum mehr möglich.

Die sogenannte Reformpolitik, die auf den Ausgleich der verschiedenen Interessen zunehmend verzichtete, hat das Verhältnis von Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft schwer belastet. Der Anteil der landwirtschaftlichen Investitionen an den staatlichen Gesamtinvestitionen ist von durchschnittlich 12 % in den 60er und 70er Jahren auf 3 % gefallen. Die Bauern bekommen die Preisschere

immer schmerzhafter zu spüren. Für Getreide erhalten sie seit 1986 18 % mehr, aber für Dünger und Pesticide müssen sie das Vierfache zahlen. Die der Landwirtschaft gelieferte Energie deckt die Nachfrage bei weitem nicht.

Erstmals ist jetzt auch das durchschnittliche Einkommen der Bauern gesunken, preisbereinigt um 4 %. Dabei haben sich nicht nur die Einkommensunterschiede zwischen Stadt und Land verschärft; auch die Differenzierung nach Regionen vertiefte sich. So ist das Einkommen von Bauern in den Randgebieten z. B. von Beijing und Shanghai etwa drei- bis viermal so hoch wie das Einkommen von Bauern aus Landgebieten im Landesinneren, z. B. in Shaanxi. Verschärfend wirkt sich für die armen Bauern die Zerschlagung der kollektiven Versorgungseinrichtungen aus. Die Not vertreibt immer mehr Bauern vom Land. Auch seit der Errichtung der Volksrepublik im Jahr 1949 hat China mehrfach landwirtschaftliche Krisen, auch Hungersnöte, erlebt. Die jetzt heraufziehende Krise hat ihre Ursache in der Vernichtung der Kollektivwirtschaft.

Quellenhinweis: China aktuell, Januar 1991, Nord-Süd aktuell, 4. Quartal 1990 — (soc)

Fortschritte in der Landwirtschaft

Zimbabwe hat die eigene Versorgung gesichert

Zehn Jahre nach Erreichen der Unabhängigkeit befindet sich Zimbabwe in einer deutlich besseren Lage als die meisten seiner Nachbarstaaten und viele andere afrikanische Staaten. Die Eigenversorgung mit Lebensmitteln ist weitgehend gesichert — dies war vor der Befreiung vom kolonialen weißen Siedlerregime nicht der Fall, denn die weißen Farmer hatten das beste Land besetzt und zahlten in Geld oder in Lebensmitteln Löhne an die Landarbeiter, die zum Leben nicht ausreichten. Die Sicherstellung der Ernährung wird heute fast vollständig von den afrikanischen Bauern gewährleistet. Die Infrastruktur ist in den ländlichen Gegenden bedeutend verbessert worden. Straßen ermöglichen einen Austausch zwischen Städten und Industrieanlagen bzw. den Bergwerksansiedlungen und den Bauern. Die schwarzen Bauern besitzen inzwischen das meiste Vieh im Land, sie betreiben Rinderzucht, Mais- und Gemüseanbau. Die Regierung kauft die Getreideüberschüsse der Bauern auf und legt große Vorräte für Jahre an, in denen aufgrund zu geringer Regenfälle die Ernten niedriger sind.

Die weißen Farmer produzieren weitgehend Exportprodukte — aber auch hier findet ein langsamer Wechsel von

der extensiven Großfarmwirtschaft zu dem Tabakanbau zur mehr intensiven Landwirtschaft, dem Gemüseanbau — Tomaten, Kern- und Steinobst und Sojabohnen — statt. Die weißen Farmer merkten Ende letzten Jahres, daß trotz Verdoppelung der Mindestlöhne für die Landarbeiter, trotz der staatlich vorgeschriebenen Investitionen in die Wohnungen der Landarbeiter und für den Schul- und Krankenstationenbau die Produktivität der Farmer gestiegen sei.

Das Rückbildungsprogramm ist insgesamt durchgeführt worden. Ca. 3 Millionen Hektar Land sind aus dem Besitz weißer Siedler an die afrikanischen Landarbeiter zurückgegeben worden.

Die Regierung versucht seit zwei Jahren, mit einem neuen Investitionsprogramm die Entwicklung einer Industrie zu fördern, die die Weiterverarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte im eigenen Land ermöglichen soll. Der Entwicklungstrust von Zimbabwe, förmlich selbstständig, aber in Staatssitz, ist Mitigentümer fast aller Industriebetriebe und Kleinfabriken außerhalb der Minenindustrie. Eine Fabrik zur Herstellung von Gemüsekonserven ist in Aufbau.

Quellen: Front File, Februar 91, Zimbabwe Herald, 27.2.91 — (uld)

Die Landfrage — betrügerische Reformen

Das angeblich der Geschichte beweist, dass nur 14 Prozent der Bevölkerung (Europäer und ihre Nachkommen) durch die Eroberung 87% des Landes besitzen und kontrollieren.

Ein Prozent der Bevölkerung (weiß) besitzen 95% der produktiven Ressourcen des Landes.

Für den PAC ist dieses Land — im Besitz und unter Kontrolle von Europäern — ungeeignet mit illegalen Mitteln, und deshalb ist ihr Besitztitel unrechtmäßig.

Wir erklären es für absurd, wenn das Regime in dem Vorwort zu seinem Weißbuch feststellt, daß „das Ziel ist, allen Bürgern Gerechtigkeit wiederfahren zu lassen, die Möglichkeiten für alle zu verbreitern, auch wenn die Landrechte berührt sind, während rechtmäßig erworbene Ansprüche geschützt werden.“

Wir fragen, was ist daran rechtmäßig, wenn den Leuten das Land mit dem Gewehr genommen wurde? Und was ist gerecht daran, wenn diese Leute dann aufgefordert werden, es mit Mitteln zu

Die kolonialistischen Siedler versuchen, ihr Unrecht in Recht zu verkehren

Aus Stellungnahmen des PAC zur Verfassungsdiskussion in Azania/Südafrika

Die Befreiungsorganisationen ANC und PAC haben sich Mitte April darauf geeinigt, daß sie noch in diesem Jahr eine „Patriotische Front“ bilden wollen. Dieses Bündnis soll gemeinsame Aktionen und Arbeitsgruppen ermöglichen, die Organisationen sollen ihre Eigenständigkeit behalten. Das beschlossenen Vertreter beider Organisationen bei Verhandlungen in Harare in Zimbabwe. Ein gemeinsames Vorgehen der Befreiungsorganisationen ist dringend geboten. Das Regime erhält verstärkt Unterstützung aus den imperialistischen Staaten — zum Beispiel durch die Aufhebung aller Sanktionen durch die EG —, und es gelingt der südafrikanischen Polizei anscheinend zunehmend, in

immer mehr Townships den Ausnahmezustand zu verhängen — diesmal begründet mit den Auseinandersetzungen zwischen ANC und Inkatha —, ohne daß sich auch nur eine Stimme der Kritik in der internationalen Öffentlichkeit rührt. Der PAC hat in Stellungnahmen zum Weißbuch der Regierung von Anfang Februar und zu einem Vorschlag des ANC von Ende Januar, eine Allparteienkonferenz durchzuführen, um eine Verfassung auszuarbeiten und eine Übergangsregierung einzurichten, noch einmal grundsätzlich Stellung genommen. Die Verhandlungen mit dem ANC wurden von Seiten des PAC auf der Grundlage dieser Standpunkte geführt. — (uld)

Verhältnissen lebt. Das Menetekel steht schon an der Wand: Weiße mit ihrer wirtschaftlichen Macht werden Schwarze als Strohmannen nutzen, und die Suche nach Land wird mit dem Ergebnis

zum Ziel gehabt. Slums im Distrikt Sechs zu bereinigen (und Sofiatown?) (1)

Unsere Regierenden sind unfähig, irgendeine Gewissensregung über ihre Unmenschlichkeit gegenüber unseren Leuten zu zeigen, und nun greifen sie zu anrüchigen Lügen, um ihre SA-Aktivitäten gegen uns zu rechtfertigen.

Die Ausführung des Raubs unseres Eigentums war nicht kompliziert; sie saßen im Parlament in ihren Sesseln und stimmten für unsere Vertreibung. Sie können solches wiederholen und für Reparationen stimmen, um wenigstens einige ihrer üblen Taten wiedergutzumachen.

Der PAC hat immer daran festgehalten, daß es eine gerechte Rückverteilung des Reichtums in unserem Land geben muß. Es ist völlig klar, daß das Regime nun die Absicht hat, auf eine bemerkenswerte Weise die Ungerechtigkeiten der Vergangenheit zu Recht zu erklären.

Wir glauben, daß nur eine demokratische Verfassung garantieren kann, daß das Land in die Hände seiner rechtmäßigen Eigentümer zurückkehrt.

(1) Sofiatown war ein Farbigengetto, das in fünfziger Jahren mit Bulldozern vernichtet wurde, weil Weiße in dieser Gegend siedeln wollten. Die Einwohner des Getto, darunter viele kleine Selbständige und Leute, die studiert hatten, wurden in andere Gettos vertrieben.

PAC zur die ANC-Aufforderung für einen Allparteien-Kongreß

Der Pan Africanist Congress wird an dem Allparteien-Kongreß nicht teilnehmen, den der African National Congress am 8. Januar 1991 vorgeschlagen hat. Diese Entscheidung ist das Ergebnis einer dreitägigen Beratung des Nationalen Exekutiv-Rats des PAC, der sich in Broederstroom nahe Pretoria am Wochenende des 11. bis 13. Januar getroffen hat. Die Sitzung des PAC-Rats war der Planung der Aktivitäten im kommenden Jahr gewidmet.

Die verfassungsgebende Versammlung

Während der ganzen Periode nach der Aufhebung des Banns gegen den PAC

hat die Organisation an einer prinzipiellen und konsequenten Linie in der Frage der Verhandlungen mit einem Regime festgehalten, daß wir als unrechtmäßig betrachten. Wir haben unsere Vorbedingungen für Verhandlungen festgelegt, diese sind gut bekannt. Der PAC besteht darauf, daß, selbst wenn diese Vorbedingungen erfüllt wären, die einzigen Verhandlungen, an denen wir teilnehmen würden, solche wären, die sich mit der Herstellung des Mechanismus befassen, die für die Einrichtung einer verfassungsgebenden Versammlung nötig sind auf der Basis von „eine Person, eine Stimme“, einem allgemeinen Wählerverzeichnis und einem einheitlichen Staat, um eine neue Verfassung auszuarbeiten. Diese Forderung ist vom Regime schroff zurückgewiesen worden, und im ganzen Jahr 1990 hat Mr. F. W. de Klerk konsequent einen Allparteien-Verhandlungsprozeß mit Führern einer „erprobten Gemeinschaft“ gefordert.

Wie auch immer, im August 1990 lieferte Dr. Gerrit Viljoen einen Brief des Regime bei Mr. Zeph Mothopeng ab, dem letzten Präsidenten unserer Partei, in dem der PAC eingeladen wurde zu Vorgesprächen.

Mr. Mothopeng veröffentlichte die Einladung auf der Stelle und erklärte, daß die Partei dieser Einladung erst nach Beratung mit allen Teilen und Strukturen des PAC und großen Teilen der unterdrückten Gemeinschaft antworten werde. Viel früher jedoch, als die Einladung kam, hatte der PAC den Congress der Unterdrückten im Juli in Johannesburg durchgeführt, um seine seine Position hinsichtlich der Verhandlungen zu beraten und festzulegen.

Demokratisches Mandat

Während des Dezember 1990 führte der PAC seinen zweiten Kongreß durch — der erste seit dem Bann im Jahr 1960. Die Einladung des Regimes wurde den mehr als 700 Delegierten, die über 500 Gruppen im ganzen Land repräsentierten, vorgelegt. Mit überwältigender Mehrheit entschied der Kongreß, den Nationalen Exekutiv-Rat zu beauftra-

gen, mit dem Regime über die Mechanismen der Einrichtung einer Verfassungsgebenden Versammlung zu verhandeln und es so zu unterrichten. Wir haben diese Antwort sofort überbracht. Dies ist unser Mandat, erreicht durch den demokratischen Konsens unserer Mitgliedschaft. Der Vorschlag des African National Congress für eine Allparteien-Konferenz hebt hervor, daß wir dringend zu einer repräsentativen und souveränen Körperschaft kommen müssen, die — innerhalb einer festgelegten Periode — eine neue demokratische Verfassung auszuarbeiten soll. Eine solche Körperschaft soll eine gewählte Verfassungsgebende Versammlung sein.

Um dies zu verhindern, schlägt der ANC einen Allparteien-Kongreß vor, der die groben Prinzipien für die Verfassung auszuarbeiten soll ... und der eine Übergangsregierung einsetzen soll, um den Prozeß der Umwandlung durchzuführen, bis eine neues Parlament gewählt ist.

Abstellgleis Verfassung

Nach sorgfältiger Prüfung des Vorschlags ist der PAC zu der Auffassung gekommen, daß dieser Vorschlag nicht mehr ist als eine Wiederholung von Mr. de Klerks Vorschlag. Es ist ein Versuch, die Funktionen einer gewählten Verfassungsgebenden Versammlung zu usurpieren. Es ein Vorschlag, um den Prozeß des Wechsels zu kontrollieren und ein nicht sehr cleverer Versuch, die gewählte und beauftragte Verfassungsgebende Versammlung durch eine Allparteien-Ränkeschmiede zu ersetzen. Unsere Befürchtungen sind vollständig berechtigt angesichts der Bereitwilligkeit, mit der das Regime diesen Vorschlag begrüßt hat.

Nein zu einer Übergangsregierung

Der Pan Africanist Congress wird sich nicht daran beteiligen, ein unrechtmäßiges Regime durch Teilnahme an der Übergangsregierung zu legitimieren. Der Vorschlag des ANC bedeutet Teilung der Macht — was wir ausdrücklich zurückweisen. Wir wollen keine Ko-Manager der Apartheid sein und weisen deshalb die Idee einer Übergangsregierung zurück. Dies ist nicht der Weg zur Demokratie — dies ist ein Rezept für chronische Instabilität. Wir bestehen darauf, daß alle Pfeiler der Apartheid vollständig zurückgenommen sind, bevor wir über das Verfahren für die Einrichtung der Verfassungsgebenden Versammlung verhandeln. Daß die gesamte Sicherheitsgesetzgebung, die die freie Rede behindert und die Menschenrechte verletzt, aufgehoben wird; daß alle politische Gefangenen ohne Bedingungen freigelassen worden sind und daß unseren Flüchtlinge ebenfalls erlaubt wird, zurückzukehren, unbehindert und ohne die Notwendigkeit, um Gnade zu bitten. Die Modalitäten, wie freie und faire Wahlen sichergestellt werden können, sollten Zweck der Verhandlungen sein.



kaufen, die mit Absicht aus ihrer Reichweite entfernt wurden?

Anmerkungen zum Weißbuch

1. Es ist klar, daß der Besitztitel auf Land, egal wie er zustande gekommen ist, nicht beeinträchtigt wird.

2. Stammesland soll privatisiert werden, unüberschaubar wird dies neue Entscheidungen hervorrufen.

3. Millionen von Hektar, die der Regierung und den Provinzbehörden gehören, werden auf den freien Markt gelangen. Wie sollen die Enteigneten in der Lage sein, Land zu erlangen, wenn fast die Hälfte der schwarzen Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebt und der Rest in schrecklichen wirtschaftlichen

enden, daß das verbliebene Land Weißen gehört.

4. Der Landraub vieler Jahre, der durch das schändliche Gesetz über die Gruppenregionen und die gewaltsame Vertreibung von Millionen unserer Leute von sogenannten „schwarzen Flecken“ erfolgte, wird nicht entschädigt werden. So soll beschlossen werden, daß der barbarische Angriff auf unsere Häuser und unsere menschliche Würde, der ungezählte und unbeschreibliche Schmerzen verursacht hat, unberücksichtigt bleibt.

Und als wenn man noch Salz in unsere Wunden reiben will, verbreitet Mr. Kriel das verlogene Argument, das Gesetz über die Gruppenregionen hätte

Großbritannien: Zerstörung der Kommunen

Die konservative Regierung will das Gemeindeeigentum zu großen Teilen verschleudern

Wenige Monate nach dem Rücktritt der britischen Premierministerin Thatcher und der Übergabe der Regierungsgeschäfte an ihren Nachfolger Major steht die konservative Regierung vor einem ersten landesweiten Wahltest: Am 2. Mai sind landesweit Kommunalwahlen. Sollte es den Konservativen gelingen, dabei ihre 1987 errungene Mehrheit in den kommunalen Parlamenten einigermaßen zu verteidigen, dann wäre das ein großer Erfolg der reaktionären Regierung Major. Schließlich war der Rücktritt von Thatcher insbesondere durch die landesweiten und anhaltenden Proteste gegen die berüchtigte kommunale „Kopfsteuer“, die „Poll-Tax“ erzwungen worden.

Eine der ersten Schritte der Regierung Major war deshalb die Ankündigung, man werde die „Poll-Tax“ wieder aufheben. Die damit verbundene Hoffnung, die Regierung werde auch ihre Angriffe auf kommunale Rechte und kommunales Eigentum zurücknehmen, hat sich allerdings schon jetzt als gefährlicher Trugschluß erwiesen. Tatsächlich hat das Kabinett Major in seiner kurzen Amtszeit neue Angriffe auf die Gemeinden ausgearbeitet, die deren sowieso bereits geringen Rechte noch weiter ein-

schränken und deren Vermögen und kommunale Dienstleistungen regelrecht verschleudern und zerstören sollen und die deshalb auch den Reaktionären in der BRD sicher sorgfältig beobachtet werden.

Dazu gehört ein sogenanntes „Privatisierungsgesetz“, mit dem sich die Regierung nach der Privatisierung der großen Staatsbetriebe wie British Steel, British Leyland, British Airways und der staatlichen Anteile an BP und anderen Unternehmen nun systematisch an den Verkauf kommunalen Eigentums machen will. 25 Flughäfen, 54 im Besitz von Kommunen und Kommunalverbänden befindliche Hafenverwaltungen und -betriebe — praktisch sämtliche Häfen des Landes — und 38 kommunale Verkehrsunternehmen sollen nach einer Liste, die vom Transportministerium veröffentlicht wurde, als erstes „privatisiert werden“.

Daß dies nur der Auftakt zu der weitgehenden Zerstörung kommunaler Dienstleistungen sein soll, soweit diese die bisherigen zehn Jahre „Thatcherismus“ überhaupt überlebt haben, macht derweil bereits der Erziehungsminister deutlich. Er strebt an, den Gemeinden jede Verfügung über weiterführende Schulen zu entziehen und diese entweder

der Zentralregierung zu unterstellen oder gleich zu privatisieren.

Gleichzeitig soll in den verbleibenden kommunalen Einrichtungen die Rationalisierungsepeitsche weiter angezogen werden. In der Partei wird dazu eine Propagandakampagne vorbereitet, die als „Kampf für Bürgerrechte“ aufgezo-gen werden soll. Verspätungen der Busse, keine rechtzeitige oder genügende Straßenreinigung oder Müllabfuhr oder Kritik etwa an kommunalen Gesundheitsdiensten sollen als Verstoß gegen „Bürgerrechte“ von der Zentralregierung geahndet werden. Kommt es in einem Viertel reicher Leute also etwa zu Beschwerden wegen schlechter Müllabfuhr, so soll das künftig zur Kürzung der Mittel der Zentralregierung für die — schon heute kaum über eigene Einnahmequellen verfügende — Gemeinden bzw. ihre kommunalen Betriebe führen. Die Zentralregierung will sich so weitere Möglichkeiten verschaffen, um auf Wunsch besser betuchter Leute in den Kommunen direkt von London aus die Rationalisierung und Arbeits-hetze in kommunalen Versorgungsbetrieben weiter anziehen zu können — notfalls auch im direkten Konflikt mit den kommunalen Eignern dieser Betrie-be.

Beides, der Verkauf kommunaler Betriebe wie die Kürzung zentraler Zuschüsse an die Gemeinden soll als Kampf gegen „Mißwirtschaft und Verschwendung“ auf kommunaler Ebene propagiert werden. Besserverdienende Leute sollen dafür gewonnen werden, indem die Regierung ihnen verspricht, erstens den Verkaufserlös für diese Betriebe steuersenkend zu nutzen und zweitens damit gleichzeitig die Subventionen für diese Betriebe und damit weitere kommunale Ausgaben zu streichen und so den Weg für weitere Steuersenkungen frei zu machen. Daß am Ende dieses Programms die weitgehende Zerstörung aller kommunalen Dienstleistungen stehen kann, wird nicht bestritten. Daß arme Leute am Ende gar keine kommunalen Dienste mehr in Anspruch nehmen können, weil diese entweder eingestellt oder unbezahlbar geworden sind, wird entweder ganz verschwiegen oder sogar kaltschnäuzig als notwendiges Übel von „mehr Bürgerfreiheit“ verkauft.

Die Kommunalwahlen am 2. Mai sind deshalb auch ein erster Test für die Regierung, wie die Bevölkerung auf ihre neuen Kommunalpläne reagiert und ob es ihr gelingt, den doch ziemlich heftigen Widerstand gegen die alte „Poll-Tax“ wieder zu spalten und unwirksam zu machen. Noch vor diesen Wahlen will die Regierung auch ihr Steuerkonzept vorstellen, das an die Stelle der „Poll Tax“ treten soll. Den bisher vorliegenden Berichten zufolge ist an eine

modifizierte kommunale „Kopfsteuer“ von 50 Pfund im Jahr pro erwachsene Person gedacht, zu der ein Zuschlag erhoben werden soll, bei dem sowohl das laufende Einkommen wie das „Vermögen“ (unter Einschuß des oft mit lebenslanger Schuldenlast verbundenen) „eigenen Hauses“ in die Berechnung eingehen. Lediglich 20% der Bevölkerung mit niedrigsten oder gar keinen Einkommen sollen von dieser neuen Gemeindesteuer ausgenommen werden. Das genaue Konzept der neuen Steuer soll noch vor den Kommunalwahlen veröffentlicht werden.

Tories und Labour wetteifern derzeit darum, wer die kommunale Steuer am niedrigsten halten könne. Damit die neue Steuer überhaupt gesenkt werden kann, ohne daß die Mittel der Zentralregierung deshalb verringert werden, hat die Regierung bereits vor einigen Wochen eine Anhebung der Mehrwertsteuer um 2,5 Prozent (von 15 auf 17,5%) in Kraft gesetzt. So ist sichergestellt, daß die Steuerlast der Lohnabhängigen mit niedrigen Einkommen auf jeden Fall weiter steigt, während die besser verdienenden Tory-Anhänger — die sich zu erheblichen Teilen der Revolte gegen die „Poll-Tax“ angeschlossen hatten — durch eine niedriger ausfallende neue Kommunalsteuer möglichst wieder eingefangen werden sollen.

Quellenhinweis: Guardian, Ausgaben vom 1.4. bis 18.4.91; Sunday Times, 14. April 1991 — (rül)

Ostberliner Industrie wird von der Treuhandanstalt stillgelegt

Berliner PDS will Regionalisierung der Treuhand und Einbindung in Strukturpolitik

Berlin. Der Sachverständigenrat hat im Sondergutachten unbefriedigt vom Ruf nach Sanierung vor Privatisierung und Entschädigung statt Rückerstattung die Erprobung seiner marktwirtschaftlichen Prinzipien im Anschlußgebiet gefordert. Hatte der Gesetzentwurf von Bündnis 90/Grüne vom Februar noch die Regionalisierung der Treuhand vorgesehen, so werden inzwischen von ihnen nur noch Einspruchs- und Eingriffsrechte der Länder gefordert. Ein

ähnlicher Vorschlag — Mitbestimmung für Länder, Kommunen und Betriebsbelegschaften wurde auf der PDS-Parteivorstandstagung am 20. und 21. April eingebracht, vorerst aber nicht verabschiedet. Der dokumentierte (siehe Kasten) Dringlichkeitsantrag, der von der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus am 11.4. eingebracht wurde, soll dagegen die Treuhand dezentralisieren und in die regionale Strukturpolitik einbinden. — (brt, har, chk)

In Berlin hatte die Treuhandanstalt regional 500 Betriebe in ihrer Verwaltung. Die zentrale Treuhand hatte bis März 43 Betriebe privatisiert. Die strukturell-politisch zu bewältigende Aufgabe wäre gewesen: Wie kann eine Industriestruktur mit sehr starkem Anteil von verarbeitendem Gewerbe in einem Ballungsgebiet wie dem jetzigen Großberliner Wirtschaftsraum erhalten bleiben. Westdeutsche vergleichbare Städte zeigen, daß die kapitalistische Entwicklung spontan zur Verdrängung der Industrie und der Wohnbevölkerung drängt und die Stadtkerne mit Banken, Versicherungen und Dienstleistungsanbietern bevölkert. Weder zur Erhaltung der Struktur noch zur Bewältigung eines Strukturwandels in einem sozial verträglichen Tempo war die Treuhand in der Lage.

In Ostberlin sind 76000 (10,7%) arbeitslos plus 87000 Kurzarbeiter. Aufgrund des außerordentlich starken Wachstums im Westteil der Stadt ist die Zahl der Erwerbstätigen hier um 60000 gestiegen bei unverändert ca. 93000 Arbeitslosen! In der Ostberliner Industrie sank die Produktion seit der Währungsunion um die Hälfte, die Auftragsbestände werden weiterhin kleiner. Die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte verminderte sich um 40000. Das ist ein

Viertel. Das Schlimmste steht also noch bevor. Das DIW rechnet mit weiteren 60000 Entlassungen, das wären nochmal 40 % der zu Jahresbeginn in der Industrie Beschäftigten. Das kann auch im Westteil nicht ohne Wirkung auf dem Arbeitsmarkt bleiben: Das DIW erwähnt die Unternehmer, die Berufsausbildung nicht zu reduzieren, auch wenn das wegen der jetzt in großer Zahl verfügbaren Fachkräfte aus Ost-Berlin und dem Umland kurzfristig ökonomisch rational erscheint.

Die Treuhand geht vor wie gehabt. Ende März wurde Stern-Radio in Mahlzahn an die Dolbinger Industriebau AG (DIBAG) für 70 Mio. DM verkauft. Diese will auf dem 128000 Quadratmeter großen Grundstück einen Industriepark errichten und erhofft sich dafür Nutzer. Von ehemals 3200 Beschäftigten waren noch 1750 verblieben. Diesen wird zum 30. Juni gekündigt. Mitte 1992 300 Arbeitsplätze und Mitte 1993 400 Arbeitsplätze sollen für ehemalige Beschäftigte von Stern-Radio geschaffen werden, eine Regelung, die der Betriebsrat als unakzeptabel ansieht. Über die Glühlampenfabrik Narva (BGW) hatte OSRAM bereits verbreiten lassen, sie hätten die Fabrik so gut wie übernommen. Ein komplettes Lichttechni-

ker-Team mit anwendungsreifen Patenten wechselte von Narva zu OSRAM. Eine Fertigungsstrecke für Kompaktleuchtstofflampen wurde für 20 Mio. DM von OSRAM an Narva auf Kredit verkauft. Gleichzeitig eroberte OSRAM 50 % des DDR-Marktes. Dann erwirkten die Siemens-Leute in der NARVA-Arbeitsgruppe der Treuhand einen Schließungsbeschluss. Weiter teilte OSRAM kurzfristig mit, es werde sich an der NARVA-Ausschreibung nicht beteiligen. Aufgrund der Gerüchte lagen andere Angebote nicht vor. Zudem konnte wegen fehlender Exportkreditbürgschaften die Ausfuhr von Hochdrucklampen in die Sowjetunion nicht fortgesetzt werden. Die Siemens-Tochter OSRAM scheint einen Konkurrenten losgeworden zu sein. Einer Aufforderung des Aufsichtsrates zufolge soll die Berliner Werkzeugmaschinenfabrik (BWF) die Belegschaft von 1900 auf 500 reduzieren. Dies ergebe sich aus einem Marktvolumen von 100 Mio. DM und einem notwendigen Pro-Kopfumsatz von 200000 DM. Im Aufsichtsrat, der im Auftrag der Treuhand die Privatisierung betreibt, sitzt der Geschäftsführer einer westdeutschen Konkurrenzfirma, die als einzige ein Sanierungs- und Übernahmeangebot angeboten hat. Bei einem Einbruch von 80 % des Absatzes durch die Zerstörung der Wirtschaftsbeziehungen der ehemaligen DDR zur Sowjetunion wären Sanierungsmaßnahmen nötig und die Gewißheit, daß BWF weiterexistiert. Denn Investitionsgüter werden nicht gekauft, wenn die Ersatzteilversorgung ungewiß ist. Die Sanierungsfähigkeit hat auch die Treuhand bescheinigt. Da die Schleifmaschinen preiswert sind und inzwischen mit moderner Steuerungstechnik ausgerüstet werden, wären sie mittelfristig auch auf neuen Märkten absetzbar. Thomas Börner, Betriebsrat bei BWF hält einen Beschäftigungsstand von mindestens 900 für möglich. Im Juni soll eine Innovations- und Qualifizierungsgesellschaft gegründet werden, wobei die Hoffnung besteht im günstigsten Fall 3000 Leute für die nächsten zwei Jahre damit durchzubringen. Sollte der Aufsichtsrat von seinen Plänen nicht abzubringen sein, soll die Belegschaftsversammlung einberufen werden.

Quellen: DIW-Wochenbericht 14/91, „Neues Deutschland“, verschiedene Ausgaben



Ein klassischer Fall: Auf Beschluß der Treuhand wird die INTERFLUG liquidiert, obwohl sich zahlreiche Interessenten meldeten, die eine Gesamt- oder Teilübernahme anboten. Die ÖTV fordert die Finanzierung einer Beschäftigungsgesellschaft sowie Zuschüsse zum Umschulungsgeld durch die Treuhand. Gefordert wird ferner, daß die Betriebe von ihren Altschulden befreit werden, da diese bisher alle Gewinne abführen mußten, die Altschulden aber bei der Währungsunion erhalten geblieben sind.



Auf der IG-Metall-Großdemonstration am 17. April in Berlin

Zerstörung der Industriestruktur

Widerstandskräfte in der Ex-DDR hoffen auf die IG Metall

Berlin. 150000 Menschen hatte der Vorstand der IG Metall zur Großkundgebung am 17. April in Berlin erwartet. Das Motto lautete: „Wir demonstrieren für Arbeit“, und es galt der Situation in der Ex-DDR. Die Beteiligung war aber deutlich geringer als erwartet. Lediglich 35 000 Teilnehmer fanden sich ein. Delegationen aus Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Hessen und NRW waren angereist. Die Massen erwartete man aus den DDR-Bundesländern. Doch die blieben aus. Warum? Die Regierungsparteien in Bonn hatten sofort eine Erklärung: Die Menschen in der ehemaligen DDR seien eben verantwortungsbewußt und liefern nicht blind den „Brandstiftern“ von der IG Metall hinterher. Diese Polemik ist billig. Aufgrund des Drucks aus dem Regierungs- und Arbeitgeberlager hatte sich die IG Metall auf Geheiß des Vorstandes von den Montagsdemonstrationen zurückgezogen, wollte nicht in den Verdacht der Zusammenarbeit mit der PDS kommen. Als Ersatz wollte man eine eigene große IG-Metall-Demonstration organisieren. Dies hat nicht funktioniert. Die Gewerkschaftsmitglieder in der Ex-DDR wollen zurecht die Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen und politischen Kräften, die ihre Anliegen nach besseren Lebensverhältnissen unterstützen, fortsetzen. Dies schließt Teile von Landesregierungen der DDR ebenso ein wie die PDS und Bürgerbewegungen. Wie anders als in einem übergreifenden Bünd-

nis kann dem zerstörerischen Tun des BRD-Molochs begegnet werden?

Die IG Metall ist in eine Zwickmühle geraten. Einerseits haben die gewerkschaftlichen Forderungen nach Nivellierung des Treuhandgesetzes mit dem Ziel der Einrichtung regionaler Beiräte bei den Treuhandaußenstellen, bzw. regionale Aufbaustäbe unter Beteiligung der gesellschaftlichen Gruppen und politischen Kräfte, für breite Unterstützung der IG Metall gesorgt. Vor allem die gewerkschaftliche Kritik an der Zerschlagung der betrieblichen Kollektivstrukturen hat bei den Kapitalistenverbänden für Aufregung gesorgt. Die gewerkschaftlichen Vorstellungen über Regionalentwicklungs- oder Beschäftigungsgesellschaften sind unvollkommen. Aber sie lassen Optionen offen, bei denen es auch um Verfügung von Belegschaften, Gewerkschaften und Kommunen über streng genommen „volkseigene Betriebe“ geht.

Andererseits erwarten die Lohnabhängigen in den DDR-Bundesländern auch von der IG Metall, daß sie im Interesse der Umsetzung ihres Programms mit allen politischen Kräften zusammengeht, die diese Richtung unterstützen. Dagegen sträubt sich jedoch der IG Metall-Vorstand. Möglicherweise meinte dies Franz Steinkühler, als er kürzlich erklärte, die Menschen in der ehemaligen DDR erwarten zuviel von der IG Metall.

Änderung des Treuhandgesetzes

Dringlichkeitsantrag der PDS-Fraktion Berlin

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

1. Der Senat wird beauftragt, sich bei der Bundesregierung und im Bundesrat für eine Neufassung des Treuhandgesetzes mit folgenden Schwerpunkten einzusetzen:

— Die Auflösung der zentralisierten Treuhandstrukturen, die Regionalisierung der Treuhandanstalt und die Einbindung der regionalen Treuhandanstalten in die Entscheidungsgewalt der Länderregierungen und die Kontrolle der Länderparlamente;

— eine eindeutige Festlegung des Vorrangs der Sanierung bei der Aufgabenbestimmung der Treuhandanstalten;

— die Aufnahme einer Bestimmung, die verschiedene Eigentumsformen bei der Sanierung der Betriebe und Unternehmen ermöglicht. Dazu zählen Belegschaftseigentum ebenso wie privates und öffentliches Eigentum der Länder und Kommunen. Die Festschreibung des öffentlichen Eigentums an Grund und Boden und die Eröffnung der juristischen Möglichkeit zur Bildung regionaler Boden-Treuhandanstalten per Landesgesetz;

— die Einbindung der Entscheidungen der Treuhandanstalten in eine regio-

nale Strukturpolitik;

— die Demokratisierung der Entscheidungsgremien der Treuhandanstalten (Verwaltungsräte, Beiräte) durch eine paritätische Zusammensetzung (Wirtschaft, Länder, Kommunen/BelegschaftsvertreterInnen). In die Vorstände ist ein(e) Vertreter(in) zu wählen, die vom Vertrauen der Gewerkschaften getragen wird (Montanmitbestimmungsmodell);

— die Verpflichtung der Treuhandanstalten, eine höchstmögliche Transparenz der Entscheidungswege — z.B. durch öffentliche Variantendiskussion und Rechenschaftspflicht — zu gewährleisten.

2. Der Senat wird beauftragt, sich darüberhinaus für folgende Rahmenbedingungen einer auf Sanierung ausgerichteten Politik der Treuhandanstalten einzusetzen:

— die Streichung der Altschulden;

— eine umfassende Subventionierung der Ostexporte sowie neue Handelsverträge mit den osteuropäischen Staaten;

— die Bereitstellung ausreichender zusätzlicher Sanierungsmittel durch die Bundesregierung;

die aktive betriebliche Sanierungsbe-

gleitung durch die gesetzlich fixierte Einbeziehung der Betriebsräte bzw. Wirtschaftsausschüsse und Einzelgewerkschaften in die Sanierungsplanung;

— die Überarbeitung des Sanierungsleitfadens der Treuhandanstalt mit der Festlegung einer gegliederten Stellenplanung, aus der die nachprüfbar Gründe des Stellenabbaus in den einzelnen Abteilungen deutlich werden und in dem die Verpflichtung auf eine Qualifizierungsplanung enthalten ist, die zugleich ein Element der regionalen Strukturplanung sein muß.

Begründung:

Die bisherige allein auf Privatisierung ausgerichtete Politik der Treuhandanstalt ist allgemeiner Kritik ausgesetzt. Betriebswirtschaftliche Überlegungen bestimmen das Handeln der Treuhand. Notwendige strukturell-politische Entscheidungen werden durch die Politik der Treuhand verzögert bzw. verhindert. Belegschaften und ihre Interessenvertretungen sehen sich erst im Nachhinein mit den Entscheidungen der Treuhandanstalt konfrontiert. Eine radikale Korrektur der Politik der Treuhandanstalt mit den Schwerpunkten Einbindung in regionale Strukturkonzepte, Demokratisierung und stärkere Transparenz der Entscheidungsfindung ist dringend notwendig.

Kennzahlen zur Arbeitsplatzsituation aus Großbetrieben im Ostteil Berlins (Quelle IG-Metall)

	Stand 30. 6. 90	Stand Febr. 91	Stand lt. GL ab 30. 6. 91
Dampferzeugerbau Berlin GmbH	3 000	2 800	1 550
Secura Elektromech. AG	1 700	1 400	750
Steremat GmbH	1 800	1 400	750
RFT-SEL (FAB)	1 500	1 080	700
Narwa-BGW GmbH	4 300	3 400	1 000
Meßelektronik Berlin GmbH	1 000	650	300
Berl. Bremsenwerk, Knorr Bremse AG	1 400	1 050	850
ELPRO AG	7 600	5 100	3 500
Berl. Werkzeugmaschinenfabrik GmbH	2 600	1 900	900
Kraftwerksanlagenbau AG	1 800	1 700	800
Stern-Radio-Berlin GmbH	2 600	1 750	00
Helikon	1 000	750	200
EAW Berlin GmbH	7 500	6 000	2 000
Werk f. Signal u. Sicherungstechn. GmbH	2 400	2 100	1 900
Kühlautomat GmbH	2 000	1 900	1 650
Berl. Material, Hütten und Halbzeugwerk GmbH	2 100	1 800	1 000
Werk für Fernseh-elektronik	8 400	7 500	2 300
Kabelwerk Oberspree GmbH	5 200	4 500	4 000
Kabelwerk Köpenick GmbH	1 600	1 300	1 100
Asiid Kabelwerke GmbH	1 000	900	620
Transformatoren und Schaltergeräte-gesellschaft mbH	3 600	2 900	1 500
Funkwerk Köpenick GmbH	3 200	1 700	1 500
Berl. Lufttechnische Anlagen und Geräte GmbH	1 700	1 400	520
NILES-Werkzeugmaschinen GmbH	1 950	1 670	850
NILES-Pressluftwerkzeuge GmbH	400	350	175
Bergmann Borsig GmbH	4 400	3 500	2 500
	75 750	60 500	32 865

Wahl zum Ausländerbeirat

Probleme und Forderungen der internationalen DGB-Liste

24.500 Frauen und Männer wählen am 28. April erstmals den Ausländerbeirat. Die neue Satzung sieht nur die jetzt zu wählenden ausländischen Mitglieder in diesem Wahlkreis. Die Vertreter der Gewerkschaften, des DGB, des Caritasverbandes und des Diakonischen Werkes und ggf. weitere sind nur Gäste. Der frühere Ausländerbeirat setzte sich aus 18 Ausländern und Ausländerinnen, 4 Stadträten und 3 Vertretern von Institutionen zusammen, alle hatten ein Stimmrecht. Die Aufgaben, Probleme und Anliegen der ausländischen Bevölkerung vorzulegen und Lösungswege zu forcieren, werden durch die neuen Regelungen wahrscheinlich besser. Wenn allerdings die Wahlbeteiligung — wie nach den Erfahrungen der Stadt zu befürchten — gering ausfällt, wird es hart.

Die Stadtverwaltung hatte erklärt, daß bei den Ausländerbeiratswahlen nach den Regeln für die Kommunalwahlen verfahren wird. Das trifft keineswegs zu. So gibt es z. B. nur zwei Wahllokale, das zweite wurde erst nach Protesten zugewiesen. Die Stadt legt also schon rein rechnerisch nicht genügend Wahlorte fest: Würden 24.500 in die 2 Wahllokale kommen, hätte jede Person nur 3 Sekunden Zeit zum Wählen! Der Wahlleiter benötigt die haarsträubende Begründung, daß bei mehreren Orten ein kompliziertes Verzeichnis nötig wäre. Im Gegensatz zu allen anderen Wahlen ist eine Briefwahl nicht möglich. Die Stadt meint, es sei Aufgabe der ausländischen Vereine, die Menschen zum Wahllokal zu bringen.

Es ist doch ganz klar, daß die Aufklärung über das Wahlrecht und das Wahlverfahren in verschiedenen Sprachen durchgeführt werden muß. Auch dies wird von der Stadt abgelehnt. Sämtliche Erläuterungen auf dem Stimmzettel sind in deutsch abgefaßt. „Schließlich leben in Augsburg ja 104 verschiedene Nationen“, erklärte dazu der Wahlleiter. Schließlich haben diese Menschen ein Wahlrecht, über das sie informiert werden müssen! Die Verwaltung müßte Übersetzungen und deren Veröffentlichung fachlich und finanziell fördern. Wie will sie sonst sichern, daß jede Person, gleich welcher Nationalität, eine korrekte Auskunft erhält?

Es kandidieren 5 Listen: eine internationale Liste des DGB, eine Liste „Griechische Gemeinde“, eine Türkische Liste, eine „Islamische Gemeinschaftsliste“ und eine Liste „Kroatische Katholische Mission“. Bis auf die Türkische Liste (Fußballverein) mit neun Kandidaten haben alle 35 Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt. Bei der Stimmabgabe kann kumuliert und panaschiert werden.

Ein Problem wird die Zusammenarbeit dieser Listen sein und die Notwendigkeit, Spaltungsversuche der Stadt abzuwehren. Der bisherige Ausländerbeirat arbeitete mit vier Ausschüssen: Ausschuß für Rechts- und Beschäftigungsfragen, Ausschuß für Schul- und Bildungsfragen, Ausschuß für Freizeit-, Sport und Kultur, Ausschuß für Sozial- und Wohnungsfragen. Die Arbeit zu konkreten Fragen wird hier entscheidend sein. Eine gerechte Vergabe der Sozialwohnungen sowie der Kindergartenplätze nach Bedürftigkeit und nicht nach nationaler Zugehörigkeit, Einstellung von ausländischen Kindergärtnerinnen, mehr Chancen bei der Ausbildungs- und Studienplatzvergabe, Schutz vor rassistischen Angriffen und vor politischer Verfolgung sind Schwerpunkte, die sich die internationale DGB-Liste vornehmen will.

Verschiedene Kandidaten halten zwei weitere Ausschüsse für nötig. Einen, der sich mit der Lage der Asylsuchenden in Augsburg beschäftigt. Dieser wird besondere Bedeutung haben, da die Asylsuchenden kein Recht haben, den Ausländerbeirat zu wählen, geschweige denn dafür zu kandidieren. Über diesen Ausschuß könnten sie wenigstens angehört werden. Er könnte Vorschläge und Forderungen zur Beendigung der menschenverachtenden Unterbringung im Fabrikschloß (Lager mit 420 Flüchtlingen) aufstellen. Ein weiterer Ausschuß soll sich mit Rassismus jeder Form auseinandersetzen und Maßnahmen dagegen festlegen.

Die finanzielle Ausstattung des Beirats ist eine weitere Forderung an den Stadtrat. Das wichtigste sind Kontakte zur ausländischen Bevölkerung. Wenn in ihrem Sinne Anträge an den Stadtrat gestellt werden oder eigene Hilfsmaßnahmen geplant sind, so muß Geld für Informationsblätter, für Veranstaltungen und Aktionen vorhanden sein. „Wir brauchen mindestens 50.000 DM, das ist sehr wenig, wenn man mal vergleicht, was Nürnberg bereit ist, für diese Arbeit auszugeben: Dort hat der Ausländerbeirat 1 Mio. DM zur Verfügung“, berichtet ein Kandidat.

Der Ausländerbeirat muß jederzeit erreichbar sein und seine Mitglieder brauchen einen Platz für ihre Arbeit. Deshalb setzt sich die DGB-Liste für ein Büro ein, in das dann ja auch der Ausländerbeauftragte der Stadt einziehen kann. Als grundsätzliche Forderung wünschen sie, daß dieser Beauftragte aus der ausländischen Bevölkerung kommen soll.

Die Forderung nach allgemeinem Wahlrecht für Alle, unabhängig von der Nationalität, ist das wichtigste Anliegen. Die Arbeit im Beirat wird daher als ein notwendiger Kompromiß oder notwendige Vorarbeit gesehen, bis dieses Menschenrecht durchgesetzt ist. — (ba)

Panzerlehrbrigade 9 für Eingreiftruppe vorgesehen

Münster. Andrea Hoops, Grünen-Abgeordnete im niedersächsischen Landtag, erklärte in der Böhme Zeitung (6.4.), daß unter dem Namen „Rapid Reaction Force“ (RRF) im Verteidigungsministerium „über den Aufbau einer hochbeweglichen, schnell verlegbaren Eingreiftruppe aus den voll präsenten Kräften des Heeres nachgedacht werde“. Dem Großverband soll neben einer Luftlandebrigade, der Gebirgsjägerbrigade 23 (Mittenwald), zwei weiteren Brigaden auch die Panzerlehrbrigade 9 angehören, eine der Kampftruppenschule 2 in Münster angegliederte Eliteeinheit. Stärke und Zusammensetzung der RRF seien luftlandefähig. Damit würden, so Hoops, schon vor einer Grundgesetzänderung erweiterte Optionen für Bundeswehroperationen außerhalb des NATO-Vertragsgebietes eröffnet. — (las)

Aktionseinheit für Gesundheitsstation in Cizre

Köln. Als Ausdruck der praktischen Unterstützung des kurdischen Befreiungskampf hat sich eine Aktionseinheit gebildet, die für eine Gesundheitsstation im Rathaus der kurdischen Stadt Cizre nahe der türkisch-irakischen Grenze sammeln will. Für den gleichen Zweck wird auch bereits in Freiburg gesammelt. In Cizre selbst sind bereits zwei Räume für die Station geräumt, medizinisches Personal ist ebenfalls da. Die Kölner Aktionseinheit, bestehend u.a. aus dem AK Kurdistan-Solidarität, Allertweltschule, Gesundheitsladen, Bunte Liste an der Uni, BWK, DKP, Kurdischer Arbeiterbund, Volksfront, Freidenker, Kreisverband der Grünen, Grüne im Rat der Stadt Köln u.a., will möglichst schnell 25.000 DM sammeln. Eine Fotoausstellung, die bis Ende Mai in Köln gezeigt werden soll, und eine Veranstaltung mit Vertretern kurdischer Menschenrechtsvereine aus Cizre oder Nusaybin sollen die Sammlung begleiten und ergänzen. — (rül)

Linkes Forum warnt vor Blauhelm-Schwindel

Wedel. Etwa 20 Leute beteiligten sich an der Veranstaltung des Linken Forums „Erst Steuerlüge — dann Blauhelm-Schwindel?“. Aus der Presseerklärung: ... Wenn es für richtig gehalten werde, an UNO-Aktionen ... teilzunehmen, dann ließe sich auch eine militärische Beteiligung der Bundeswehr an Aktionen wie zuletzt am Golf nicht ausschließen ... Auf Anfragen sozialdemokratischer Mitglieder ... meinte (der Referent Pastor) Lübbert, die SPD sollte ... sich ... eigenständig zeigen ... die Delegierten der bevorstehenden SPD-Parteitage (wurden) aufgefordert, sich nicht ... für eine Grundgesetzänderung herzugeben, sondern ihre Abgeordneten zum „Nein“ aufzufordern. — (dim)

Gemeinderat einstimmig für Soforthilfe an Kurden

Stuttgart. Der Gemeinderat beschloß am 11. April einstimmig: „1. Die Landeshauptstadt Stuttgart stellt für kurdische Flüchtlinge aus dem Irak 250.000 DM zur Verfügung. Die Verwaltung wird beauftragt, in geeigneter Weise sicherzustellen, daß die Hilfeleistung auch tatsächlich bestimmungsgemäß Verwendung findet. Dabei soll sie sich der guten Verbindungen zur Stadt Diyarbakir bedienen, die bereits im Moment Hauptstützpunkt für die internationalen Hilfsaktionen zugunsten der kurdischen Flüchtlinge aus dem Irak ist. 2. Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, daß sich alle vier städtischen Krankenhäuser wie auch die nichtstädtischen Krankenhäuser bereit erklärt haben, verletzte Kurden aufzunehmen und zu behandeln.“ Zunächst hatten auf Initiative einer Stadträtin der Grünen die Fraktionen der Grünen und der SPD sowie eine Stadträtin der FDP einen Antrag „Soforthilfe für kurdische Flüchtlinge aus dem Irak“ gestellt. Nachdem dann auch CDU und Rep Anträge stellten, legte OB Rommel dem Gemeinderat einen Beschlusantrag vor, dem dann auch alle Fraktionen zustimmten. Der Beschluß trägt bei zu der von der kurdischen Bevölkerung dringend benötigten Hilfe. Problematisch ist, daß die Gelder über die türkisch kontrollierte Stadt Diyarbakir verteilt werden sollen und nicht z.B. über medico international. Die Rep hatten in ihrem Antrag gefordert, die Spenden dem Roten Kreuz zukommen zu lassen. Von kurdischen Organisationen wird zu Recht dagegen protestiert, daß das Rote Kreuz die türkische Organisation „Roter Halbmond“, nicht aber die kurdische Hilfsorganisation KRA unterstützt. — (evc)

Folkerts-Anwältin stellt Strafanzeige gegen LKA-Beamten

Hannover/Celle. Während eines Privatbesuchs bei dem seit 1981 im Hochsicherheitsstrakt Celle inhaftierten Knut Folkerts im Januar 91 bemerkte der Besucher, daß dem neben ihm sitzenden LKA-Beamten ein Abhörgerät in der Größe einer Zigarettschachtel aus dem Stiefel fiel. Folkerts' Anwältin stellte daraufhin Strafanzeige gegen den Beamten: „Ein Verstoß gegen § 201 des Strafgesetzbuchs, der das Aufnehmen von nicht öffentlich gesprochenen Worten unter Strafe stellt — insbesondere, wenn der Täter in amtlicher Eigenschaft handelt.“ Naheliegender Verdacht der Anwältin: auch vorhergegangene Besuche seien rechtswidrig aufgezeichnet worden. Bereits während des Hungerstreiks 1989 gab es einen Abhörversuch, und die Inhaftierten wurden heimlich beim Hofgang fotografiert. — (rec)

LKA-Präsident kritisiert Entwurf zum Polizeigesetz

Stuttgart. Die Landtagsfraktion der Grünen führte eine Anhörung zum Entwurf des neuen Polizeigesetzes durch. Der Präsident des Landeskriminalamtes, Ralf Krüger, bemängelte, die Regelungen zur Speicherung und Übermittlung von personenbezogenen Daten zeichnen sich durch „mangelnde Lesbarkeit und Klarheit“ aus, die Gefahr des Mißbrauchs bestehe. Die Junge Gruppe in der Gewerkschaft der Polizei und die Kritischen PolizistInnen kritisierten den Entwurf als unpraktisch für die tägliche Arbeit. F. Rachor, Jurist, fand zu weitgehend, daß Datenerhebung schon erlaubt sein soll, wenn die Polizei von einer Person annehme, daß sie künftige Straftaten begehen könnte. — (alk)



Stuttgart. Zum Rekruteneinzug am 2. April führten ca. 25 Antimilitaristen eine Aktion auf dem Stuttgarter Hauptbahnhof durch. Sie verteilten Flugblätter und „Informationen für unzufriedene Soldaten“ sowie „Informationen für unzufriedene Mütter und Freundinnen“. Ein kleiner Erfolg: Drei Rekruten entschlossen sich spontan, aus dem Zug wieder auszusteigen. — (aus „Kommunale Berichte Stuttgart“; Bild: Matthias Pfisterer)

Ein Denkmal für Philipp Müller!

Initiative zur Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges

Essen. Die Essener Initiative zur Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges hat in einem Offenen Brief an den Stadtrat die Errichtung eines Denkmals für Philipp Müller vorgeschlagen. Zustimmung kam bereits aus der Humanistischen Union, der SDAJ, den Grünen, der Volksfront und

von Einzelpersonen. Der Brief wird vom Beschwerdeausschuß des Rates bearbeitet. Oberbürgermeisterin Jäger (SPD) teilte mit, daß die Verwaltung „die tatsächlichen Abläufe der Geschehnisse am 11.5.1952“ aufarbeiten wird. Im folgenden Auszüge aus dem Brief. — (H.-W.H., wof)

Unsere Initiative vertritt seit einem Jahr die Interessen der Opfer des Kalten Krieges in Essen. An der allgemeinen Debatte um deutsche Geschichtsaufarbeitung beteiligen wir uns bspw. mit unserer lokalen Dokumentation „Die verdrängte Schuld der Republik“ ... Darüberhinaus möchten wir Ihr Augenmerk auf einen besonders eklatanten Unrecht lenken ...

Am 1. Mai 1952 riefen in Darmstadt das „Präsidium des westdeutschen Treffens der Jungen Generation“ und Vertreter der „Landesausschüsse gegen die Rekrutierung der deutschen Jugend“ zu einer großen Aktion, der „Jugendkarawane“, für den 11. Mai 1952 nach Essen auf. Über weltanschauliche und religiöse Grenzen hinweg fand die Aufruf große Resonanz in der deutschen Jugend. So schlossen sich z. B. Gruppen der Naturfreundejugend, des DJM, der FDJ, der Falken, der Gewerkschaftsjugend ... an.

Es kam zu einer beeindruckenden Demonstration mit rund 30.000 Teilnehmern. Die Jugendlichen demonstrierten friedlich unter den damals aktu-

ellen Losungen: „Widersteht der Militarisierung!“, „Jugend gegen Generalvertrag!“, „Wir fordern Viermächteverhandlungen und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands!“, „Friedensvertrag statt Generalvertrag!“

Ganz im Zeichen des neuentfachten Kalten Krieges standen dagegen die Maßnahmen der Polizei: Augenzeugen und Lokalpresse beschrieben die damalige Situation als „Belagerungszustand“, in dem sich Essen befunden habe. Bei der Kundgebung in der Nähe der Gruga-Halle wurden Photographen und Pfarrer, Unbeteiligte und Demonstrationsteilnehmer wahllos verprügelt und festgenommen. Die nach übereinstimmenden Zeugenaussagen ausschließlich seitens der massiven Polizeikräfte zu verantwortenden Ausschreitungen eskalierten dann extrem. Angehörige der Polizeieinsatzgruppe Wolter begannen, auf die Demonstranten zu schießen. Hierbei wurden mehrere Jugendliche zum Teil schwer verletzt; selbst ein Polizeibeamter wurde ... getroffen ...

Bei der mittlerweile entstandenen Menschenjagd kam es schließlich kurz

vor der Rütterscheider Brücke zum tödlichen Ende für einen Demonstranten: Unter Führung des Oberkommissars Durek gab der Kölner Polizeioffizier Wolter wieder den Befehl „Feuer frei!“. Aus nächster Nähe wurde einem Demonstrationsteilnehmer in den Rücken geschossen. Er starb kurz darauf im Krankenhaus. Der Friedensdemonstrant war der 21-jährige Eisenbahnarbeiter Philipp Müller aus München-Neuaußing. Der 11. Mai 1952 ging als der „Essener Blutsonntag“ in die Geschichte ein ...

Viele Mitglieder unserer Initiative waren Teilnehmer/innen der „Jugendkarawane“ am 11. Mai 1952. Nicht nur ihnen ist es unverständlich, daß die Stadt Essen diesem Opfer des Kalten Krieges immer noch kein Denkmal errichtet hat ... Angesichts der notwendigen Aufarbeitung deutscher Geschichte auch auf lokaler Ebene fordern wir den Rat der Stadt Essen auf, zum 40. Jahrestag der Ermordung Philipp Müllers am 11. Mai 1992 ein entsprechendes Denkmal mit einer Gedenktafel in der Nähe der Rütterscheider Brücke zu errichten ...

BVG-Urteil „Schacht Konrad“

Wie beim preußischen Provinzialrecht

Norderstedt/Hannover. Mitte April entschied das Bundesverfassungsgericht (BVG) in Karlsruhe in dem Streit um das Atomkraftlager in Salzgitte wieder einmal zugunsten der Kompetenzen des Bundes gegen die einer Landesregierung, der niedersächsischen, die damit, — so ein Kommentar der Frankfurter Rundschau vom 11.4.91 — zu einer Provinzialregierung wie im alten Preußen degradiert wurde.

Unter der Federführung von Ernst Albrecht hatte das Land Niedersachsen gerade eben noch im Juni 90 die „Auslegungsscheit“ der Pläne für den „Schacht Konrad“ erklärt, als kurz darauf die neugewählte rot-grüne Regierung unter der Umweltministerin Monika Griefahn die vorgeschriebene Umweltverträglichkeit der früheren Eisenerzgrube bestritt.

Wie bereits berichtet, hielt der Bundesumweltminister Töpfer (CDU) den Einwand für unbegründet und wies Anfang 1991 Hannover an, die Pläne unverzüglich öffentlich auszulegen. Er berief sich auf seine Weisungskompetenz, die er nach dem Grundgesetz Artikel 85 im atomrechtlichen Verfahren habe. Gegen diese Weisung erhob Niedersachsen Anfechtungsklage vor dem Bundesverwaltungsgericht in Berlin. Töpfer klagte daraufhin in Karlsruhe vor dem Bundesverfassungsgericht.

Ersteres stellte nun zunächst einmal fest, daß letzteres in dem Streit zuständig sei und dieses, — das BVG in Karlsruhe — bejahte die Weisungsbefugnis Bonn in vollem Umfang. Beim Atomgesetz unterstehe die Landesbehörde dem Bundesrecht, bzw. den Weisungen der obersten Bundesbehörde. Auch dann, wenn ein Land nachweise, der Bund übe seine Weisungsbefugnis inhaltlich rechtswidrig aus. Gegenstand der Weisung könne sein: Eine abschließende Entscheidung über das Planfeststellungsverfahren eines Landes oder auch eine Entscheidung darüber, wie die Verwaltung dazu handeln solle.

Warum dann nicht gleich zentral? Würde der Bund das Planfeststellungsverfahren direkt beschließen, könnte das Land Niedersachsen immerhin inhaltlich, also z. B. wegen nicht ausreichender Umweltverträglichkeit, dagegen klagen. Gibt Töpfer aber nur die Anweisung und das Land beschließt dann selbst — was es ja muß — daß eine Atomkraftdeponie errichtet werden soll, darf es nicht gegen sich selbst zu Gericht gehen.

Ein ähnliches, wenn auch nicht ganz so grundsätzliches Urteil hatten die Karlsruher Richter schon im Streit um den Schnellen Brüter in Kalkar/Nordrhein-Westfalen gefällt. Das Sieben-Milliarden-Projekt scheiterte trotzdem. — (edl)

Rufbereitschaft für Monteure

Flexibilität rund um die Uhr

Hamburg. Die Jungheinrich-Kapitalisten arbeiten weiter daran, die Regelarbeitszeit zu zerlöchern. Angriffspunkt ist jetzt der Servicebereich.

Im Rahmen einer aggressiven Verkaufspolitik von fahrerlosen Transportsystemen aber auch herkömmlichen Gabelstaplern soll den Kunden versprochen werden, daß binnen weniger Stunden Monteure eventuelle Schäden an Fahrzeugen beheben — auch nach Feierabend und auch am Samstag.

Der Vorstand fordert, nachdem die Betriebsräte lange hinhaltend taktiert haben, massiv eine Betriebsvereinbarung über Rufbereitschaft: die „ewige Bettelei“ beim Betriebsrat nach der Genehmigung von Überstunden müsse endlich weg.

Um Verständnis beim Betriebsrat zu gewinnen, sollen zunächst „nur“ die vollautomatischen Anlagen, die meist in Betrieben mit kontinuierlichen Arbeitsabläufen, zum Beispiel in der Automobilindustrie, installiert sind, durch die Rufbereitschaft von Monteurs-Kollegen gewartet werden, damit die Anlagen ständig einsatzbereit sind.

Die sogenannte „Standzeit“ vollautomatischer Anlagen, also der Faktor der Arbeitsausnutzung solcher Maschinen, ist neben dem, was so eine Anlage technisch kann, das wichtigste Kauf- und Verkaufsargument. Aber bei der

Beschränkung auf Großanlagen wird es mit Sicherheit nicht bleiben. Je mehr die großen Konzerne „just-in-time“ fertigen, um so mehr geraten kleine Firmen unter allergrößten Lieferdruck: Auf die Minute genau muß der Lastwagen beladen vom Hof fahren, um den pünktlichen Anschluß an den Fertigungsfluß des Konzerns nicht zu verpassen.

Fällt ein ganz konventioneller Stapler in solch einer Bude, die sich auch kein Ersatzgerät leisten kann, aus, ist das dann — für den Kapitalisten — ein wahrhafter Notfall. Die Kundendienstmonteure sollen diese wirtschaftliche Not in Rufbereitschaft von 6 Uhr morgens bis 22 Uhr abends wachen — und arbeiten, bis das Fahrzeug wieder läuft; und das kann bis in den frühen Morgen dauern.

Die Kollegen befürchten, daß für sie, sind sie erstmal alle mit Eurofunk versehen, ein „rund-um-die-Uhr-Einsatz“ zur betrieblichen Normalität wird, indem auch völlig normale Reparaturen und Wartungsarbeiten generell dann, wenn der Kunde schreit, zum Notfall werden.

Schließlich ist es für Kapitalistenkunden ein verlockendes Angebot, wenn reparaturbedürftige Gabelstapler in der Zeit der Betriebsruhe von Freitag Nachmittag bis zum Montag Morgen, d. h. am Wochenende wieder in Schuß gebracht werden. — (hel)

Widerstand gegen Kita-Gebührenerhöhung

SPD und FDP wollen über eine Sozialstaffel die Gebühren drastisch erhöhen

Elmshorn. Was als böswillige Unterstellung abgetan wurde, hat sich jetzt aus der von SPD/FDP beschlossenen Kürzung von 400 000 DM für die Kita's im neuen Kindergartenhalbjahr '91 ergeben. „Leistung muß angemessen bezahlt

werden“ tönte die FDP bei der Einführung von 2 Faktoren pro Gruppe und wollte keine „soziale“ Staffel, sondern eine „Sozialstaffel“, die einem Großteil der Eltern künftig horrenden Preise für den Besuch ihrer Kinder bescheren soll.

Im März wurde das von der Stadtverwaltung erarbeitete Modell für eine „Sozialstaffel“ bekannt. Als Berechnungsgrundlage dient das Bundessozialhilfegesetz. Danach sollen nur die Familien, die finanziell nahe am Sozialhilfesaß liegen, eine Beitragsermäßigung erhalten. Da die Berufstätigkeit beider Eltern meist Grund für die Inanspruchnahme einer Kindertagesstätte ist, und dann das Nettoeinkommen höher liegt, würden viele künftig mehr zahlen müssen. Und zwar alle, die mit 3 Personen ab 3 200 DM netto, mit 4 Personen ab 3 800 DM netto und mit 5 Personen ab 4 300 DM netto im Monat haben. Für einen Ganztagsplatz zwischen 50 DM und 130 DM mehr, für einen Halbtagsplatz 4 Stunden zwischen 65 DM und 120 DM mehr, ab 4 Stunden bis 6 Stunden zwischen 80 DM und 140 DM und für die Krippe gar zwischen 156 DM und 300 DM mehr. Außerdem ist die Extrazahlung des Essensgeldes vorgesehen, was nochmals ca. 50 DM pro Kind ausmachen würde. Auf ihrer Sitzung im März diskutierte die AG Kindergärten das vorgelegte Modell und erteilte den Plänen der Stadt eine eindeutige Absage.

In einem Leserbrief der AG in den „Elmshorner Nachrichten“ heißt es: „... Die AG wertet das vorgelegte Modell als ein Angriff auf pädagogische Maßstäbe und als Retourkutsche auf die Durchsetzung der Forderung nach 2 Fachkräften pro Gruppe. Wir verurteilen eine Politik, die nichts mit der Anerkennung der Kindertagesstätte als bildungspolitische Institution zu tun hat, wenn in Zukunft der Bedarf durch überhöhte Beiträge geregelt werden soll. Die AG fordert, das Inkrafttreten der vorgelegten Modelle um ein Jahr auszusetzen, ... Keine Beitragserhöhung für das Kindergartenjahr 1991!“

Die AG mobilisierte 90 Eltern zur Jugendausschußsitzung Mitte April und nutzte die Einwohnerfragestunde, um ihren Unmut kundzutun. Aufgrund des öffentlichen Drucks zog die SPD-Fraktion den Entwurf zurück und legte einen neuen Beschlüßvorschlag für die Kollegiumsitzung im Mai vor. Danach soll die „Sozialstaffel“ noch einmal überarbeitet werden und erst Ende des Jahres für das Kindergartenjahr 1992/93 beschlossen werden. Die Beiträge sollen aber schon mal für „alle“ Eltern linear

angehoben werden. Ganztags von 220 DM auf 260 DM, bei 4 Std. bis 6 Std. von 130 DM auf 155 DM, bei 4 Std. von 110 DM auf 130 DM und die Krippe von 300 DM auf 355 DM. Sollten die erhöhten Sätze nicht von den Eltern finanziell getragen werden können, soll es die Möglichkeit geben, nach Offenlegung der Einkommen bei den Trägern der Kita, eine „50 %ige Ermäßigung des Erhöhungssatzes“ zu bekommen. Hauptkritikpunkte der anwesenden Eltern war, daß diejenigen mit wenig Einkommen nun noch eine Erhöhung der Beiträge zahlen müssen, die Offenlegung der Einkommen für eine Ermäßigung um die 20 DM von ihnen nicht in Kauf genommen wird. Die Stadt erhofft sich so, Einblick in die Einkommensverhältnisse der Eltern zu bekommen, setzt durch die vorzeitige Beitragsänderung die künftige „Schmerzgrenze“ für die geplante Sozialstaffel hoch und finanziert damit außerdem den Verwaltungsaufwand für bisherige Berechnungen. SPD und FDP sind sich einig und auch die CDU, die damals mit den Grünen gegen die Zuschußkürzung im Haushalt gestimmt hat, will eine Beitragserhöhung. — (sur)

Krupp Widia: Mobilisierung in der Tarifaufeinandersetzung

Essen. Das Tarif-„Angebot“ der Kapitalisten ist bei vielen Beschäftigten von Krupp Widia mit Empörung aufgenommen worden. In einem Brief der IG Metall-Vertrauenskörperleitung an den Arbeitgeberverband, der auf Vertrauensleuteversammlungen diskutiert wurde, heißt es: „Besonders empörend ist ihre Ablehnung der Mindestforderung. Sie täuschen sich, wenn Sie meinen, daß niemand dahintersteht ... (Es) ist höchste Zeit, daß eine dauerhafte Verbesserung der Lohnstruktur gerade zugunsten der unteren Einkommen erreicht wird. Mit einer Einmalzahlung ist es in diesem Jahr nicht getan.“ Schon vorher hatten einige Abteilungen Unterschriften gesammelt an die Tarifkommission durchgeführt, in der die „volle Durchsetzung“ der Forderung angemahnt wurde. — (kw)

Berufsverbot gegen Postler Steffen aufgehoben

Pinneberg. Nach siebenjährigem Berufsverbot wegen Mitgliedschaft und Kandidatur für die DKP darf G. Steffen wieder arbeiten. Mit einem Disziplinarverfahren unter SPD-Postminister K. Gescheidle fing die Verfolgung an. 1984 sprach Schwarz-Schilling (CDU) das Berufsverbot aus: Entfernung vom Dienst bei 15 % Kürzung der Bezüge. Drei Jahre später entschied die 7. Kammer des Bundesdisziplinargerichtes: Kein Berufsverbot, aber Gehaltskürzung von 5 % für vier Jahre und die politische Maßregelung, daß er in der DKP kein Amt innehaben dürfe. Dagegen legte der Bundesdisziplinaranwalt Berufung ein und zog diese jetzt nach drei Jahren „überraschend“ zurück. — (sip)

Anspruch auf Unterkunft letztinstanzlich bestätigt

Hannover. Bedeutung für ganz Niedersachsen hat der am 27.3.91 gefaßte Beschluß des Obergerichts Lüneburg, daß ein Obdachloser gegenüber der Gemeinde einen Anspruch auf Unterkunft hat, in deren Bezirk er sich tatsächlich aufhält. Die Praxis vieler niedersächsischer Kommunen, Wohnungslosen die Unterkunft mit der Begründung zu verweigern, sie seien in einem anderen Ort obdachlos geworden, und jene Gemeinde sei zuständig, wird damit ein Ende haben.

In Hannover führte die Weigerung der Verwaltung, auswärtige Wohnungslose unterzubringen, in der Vergangenheit bereits zu zahlreichen Gerichtsverfahren, in denen die Betroffenen ihre Ansprüche per einstweiliger Verfügung durchsetzen mußten.

Im obigen Fall hatte die Stadt Wunstorf gegen eine solche Entscheidung des Verwaltungsgerichts Hannover Beschwerde beim Obergericht eingelegt. Sie halte sich zwar inzwischen für zuständig, erkläre sich jedoch nur bereit, dem betroffenen Obdachlosen eine Unterkunft für die Nachtzeit (20.00 bis 7.00 Uhr) zur Verfügung zu stellen. Das Obergericht widersprach und stellte fest, daß ein Obdachloser grundsätzlich einen Anspruch auf Bereitstellung einer Unterkunft für den ganzen Tag hat. Das bedeutet, daß es nun auch nicht mehr zulässig ist, Wohncontainer für Obdachlose nur während der Nachtzeit zu öffnen und die Leute tagsüber auf die Straße zu entlassen. Dies ist in Hannover bis dato üblich gewesen, wegen angeblich zu hoher Betreuungskosten, obwohl sich viele Wohnungslose darüber beschwert hatten. — (rec)

AG Gesundheitspolitik diskutiert mit der PDS Sachsen

Karlsruhe. Vom 13.—18.4. waren drei Vertreter der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik Baden-Württemberg bei der PDS in Dresden zu Gast. In Gesprächen mit Mitgliedern der IG Arbeit, Gesundheit und Soziales der PDS, mit Klinikbeschäftigten sowie mit PDS-Landtagsabgeordneten wurden sie über die Lage im DDR-Gesundheitswesen informiert. Im Herbst soll ein gemeinsames Seminar organisiert werden, u. a. um die Diskussion zur ambulanten Versorgung zu vertiefen: während die AGG ursprünglich meinte, die Reaktion wolle die Polikliniken zerschlagen, weil diese — wegen Normalarbeitszeit, Mutterschutz usw. — teurer arbeiten als „selbständige“ Ärzte, wiesen PDS-Vertreter darauf hin, daß auch Polikliniken, die lt. Abrechnung des 1. Quartals 1991 „wirtschaftlich konkurrenzfähig“ wären, aufgelöst werden sollen. — (wjw)

Niedersächsische Tarifkommission der IG Metall tagte

Hannover. Mit einem „Angebot“ des Kapitalistenverbandes von vier Prozent endete am 9.4. die zweite Verhandlungsrunde in Niedersachsen. Eine Verhandlung über die Anbindung der Ausbildungsvergütungen an die Lohngruppe I sowie vor allem über die Mindestforderung lehnten die Unternehmervertreter kategorisch ab. Die IG Metall verlangte für den nächsten Verhandlungstermin ein „ernsthaftes“ Angebot, ansonsten könne das Treffen ausfallen. Die folgende Tarifkommissionssitzung am 12.4. war leider von organisatorischen Fragen geprägt. Außer einer Einschätzung der bisherigen Verhandlungen und des Tarifkampfverlaufes beim Öffentlichen Dienst und Bau durch Bezirksleiter Peters wurde die Diskussion um eine Einschätzung der Tarifsituation nicht gesucht. Die Tarifkommission verabschiedete eine Entschließung, die auffordert, die drastische Einschränkung der Mehrarbeit bis hin auf Null als Druckmittel einzusetzen. — (rog)

Gerichtserfolg gegen befristete Arbeitsverträge

Essen. Auf Grundlage des Beschäftigungsförderungsgesetzes hat Krupp Widia zunehmend befristete Arbeitsverträge abgeschlossen. Dabei gab es oft mehrfache Vertragsverlängerungen. Ein Beschäftigter, dessen Vertrag nach insgesamt fünf Verlängerungen und 30 Monaten Betriebszugehörigkeit auslaufen sollte, hat dagegen vor dem Arbeitsgericht Essen geklagt. Das Arbeitsgericht ließ in der Vergleichsverhandlung keinen Zweifel daran, daß das Arbeitsverhältnis durch die Vertragsverlängerungen als festes anzusehen ist und Krupp Widia zur Weiterbeschäftigung verpflichtet wird. Inzwischen arbeitet der Kläger wieder im Betrieb an seinem alten Arbeitsplatz. — (kw)

Das Sterben der kleinen Läden

30 Jahre im Westen — zwei im Osten?

Hamburg. Nach eigenen Angaben betreibt die Handelsorganisation Spar zur Zeit die größte privatwirtschaftliche Mittelstandsförderung in der ehemaligen DDR. Dabei bezieht sie sich auf ihre Tätigkeiten in den 400 Kaufhallen und 1 600 Lebensmittelgeschäften, die sie über die Treuhand erworben hat. Hervorgehoben wird, daß bisher mehr als 2 000 Marktleiter und Fachberater an den 98 Fachseminaren des Spar-Bildungsinstituts teilgenommen hätten. Dahinter stehen jedoch hochgesteckte Ziele für 1991: In diesen 2 000 Betrieben will sie auf einen Umsatz von 4,5 Milliarden Mark kommen.

Während nach außen der Eindruck erweckt wird, die Spar würde sich aktiv für die Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft einsetzen, so verbirgt sich dahinter doch gleichzeitig die Absicht, kleine Konkurrenten aus dem Markt zu werfen. Dies erkennt man auch an der Auswahl der Läden, um die sich die Spar bei der Treuhand-Ausschreibung bewarb. Und dabei stand die Spar nicht allein. Andere westdeutsche Einzelhandelskonzerne (z. B. Edeka, Rewe und Asko) verfahren ähnlich.

„Wer einem selbständigen Einzelhändler in Ostdeutschland einen 100-Quadratmeter-Laden verkauft, kann ihm den Sarg gleich mitverkaufen“, so Wolfgang Kartte, Präsident des Bundeskartellamtes. Die großen Handelsfilialisten wissen, weshalb sie bei der Privatisierung der „Tante-Emma-Läden“ „großzügig“ verzichtet haben. Für diese Läden, die teilweise noch kleiner sind als diese 100 Quadratmeter, interessieren sich ehemalige DDR-Bürger.

Die frischgebackenen Einzelhändler sind häufig auf Lieferungen der Einzelhandelskonzerne angewiesen. Diese kaufen in letzter Zeit verstärkt vor allem bei Frischerzeugnissen aus Bäckereien, Metzgereien und Molkereibetrieben heimische Erzeugnisse auf. Gleichzeitig werden Mindestabnahmemengen festgelegt, die für kleine Läden viel zu hoch sind. Diese Ladenbetreiber stehen vor der Alternative, entweder keine Waren für den Verkauf zu haben, oder sich ein viel zu großes Lager zuzulegen.

Gleichzeitig werden die Mieten für Gewerbeflächen immer teurer. In Ostberlin werden für kleine Läden bis zu 260 Mark pro Quadratmeter verlangt, mehr als auf der Düsseldorfer Nobel-Einkaufsstraße Königsallee. Selbst in weniger attraktiven Städten sind Preise bis zu 120 Mark pro Quadratmeter keine Seltenheit. „Das sind selbst im Westen für den Mittelstand schwindelerregende Höhen“, so der Präsident des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels (HDE), Hermann Franzen.

Weiterhin nimmt die Zahl der Verbrauchermärkte auf der „grünen Wiese“ immer mehr zu. Außerdem nimmt

das Preisbewußtsein gerade vor dem Hintergrund der Arbeitslosigkeit und der leeren Portemonnaies weiter zu. Gegen die mit wenig Personal und günstigem Massen-Einkauf operierenden Discounter vom Schlage Aldi werden die kleinen Läden keine Chance haben.

Daneben steigt hier auch der Versandhandel immer stärker ein. Im Februar 1991 hatte er ein Umsatzplus von 41 % im Vergleich zum Vorjahr, nach Einschätzung des Statistischen Bundesamtes eine „außerordentlich starke“ Steigerung. Um dies weiterzuführen will z. B. der Quelle-Versand eine Milliarde Mark in den neuen Bundesländern investieren. Bisher ist er dort mit 600 Bestellagenturen vertreten, bis Ende des Jahres will er diese Zahl auf 1 200 verdoppeln.

Dieser Entwicklung fallen aber nicht nur die „Tante-Emma-Läden“ zum Opfer. Die Konsumgenossenschaften brechen zusammen und die Versorgung der Bevölkerung, vor allem auf dem Land, wird immer schwieriger, denn vor allem die kleinen Dorfläden werden geschlossen. Anneliese Knop, Betriebsratsvorsitzende in der Konsumgenossenschaft Neubrandenburg: „Wer ein Auto hat, fährt zum Supermarkt. Was aber sollen die alten Leute machen, die jetzt kilometerweit nach dem täglichen Broten gehen müssen. Das sind doch unsere Mitglieder mit ihrem Anteil an den Genossenschaften.“

Allein im ersten Quartal 1991 sind im Kreis Neubrandenburg 15 Dorfläden geschlossen worden, in den umliegenden Kreisen nochmal etwa 50 Läden. In der Neubrandenburger KG sollen 3 500 Verkäuferinnen entlassen werden. Die Vorstände fassen die Beschlüsse allein, die Betriebsräte haben so gut wie kein Mitspracherecht.

Der Umsatz des Verbandes der Konsumgenossenschaften (VdK) sank allein im zweiten Halbjahr 1990 im Nahrungsmittelbereich um 40 Prozent und bei Industriewaren um 60 Prozent. Bis zum Ende dieses Jahres werden die westlichen Handelsketten 70 bis 80 Prozent des Einzelhandelsumsatzes in der Hand haben. Der Konsum kämpft um 10 bis 15 Prozent. Von den zur Zeit noch 30 000 Verkaufsstellen liegen 17 000 auf dem Land mit durchschnittlich 52 Quadratmetern. Wenn in der jetzt eingerichteten Marktwirtschaft schon 100 Quadratmeter nicht zum Überleben reichen, dann ist deren Ende bereits absehbar. In Westdeutschland dauert das Ladensterben bereits Jahrzehnte. Von 1930 bis 1970 hat sich deren Zahl auf 68 000 reduziert. Das wird jetzt eventuell auf zwei bis drei Jahren in den neuen Bundesländern nachgeholt — auf Kosten der noch immer 4,5 Millionen Konsummitglieder und der Verkäuferinnen, die an die Straße gesetzt werden. — (jub)



Berlin. Knapp 2 000 Beschäftigte aus dem Bereich des Berliner Gesundheitswesens demonstrierten am 9. April vor dem „Roten Rathaus“. Anlaß hierfür waren durch In-diskretion bekanntgewordene Pläne der Berliner Krankenkassen, die massive Betten- und Personaleinsparungen in beiden Stadthälften vorsehen. Die Beschäftigten brachten auch ihren Ärger über den Tarifabschluß der ÖTV zum Ausdruck. — (har)



Köln. Etwa 5000 Menschen, zumeist Kurden, demonstrierten am 21. April in Köln gegen die Massaker an Kurden und die Unterdrückung des kurdischen Volkes. Zu der Aktionseinheit hatten u.a. Komkar und das Bonner „Friedensforum“ aufgerufen. Eine gemeinsame Demonstration mit Feyka Kurdistan und türkischen Linken (siehe Seite 1) war am Veto der SPD gescheitert. — (rül, Bild: af/mz)

Aus Ländern und Gemeinden

Antrag Grüne NRW im Landtag zu Kurdistan

Düsseldorf. Die Fraktion der Grünen im Landtag Nordrhein-Westfalen hat einen Antrag mit folgenden Forderungen an die Landesregierung eingereicht: „... 1. alle landespolitische Möglichkeiten für einen sofortigen Abschiebestopp für sämtliche in NRW lebenden Kurden/innen und Iraker/innen auszuschöpfen; 2. die Bundesregierung zu bewegen, ihrerseits einen solchen Abschiebestopp zu beschließen; ... 4. den Transport von Medikamenten, medizinischen Geräten, Nahrungsmitteln, etc. in die Flüchtlingsgebiete zu finanzieren; 5. in Abstimmung mit der Bundesregierung und den anderen Bundesländern Kranken, Verletzten und Kindern aus den Flüchtlings- und Aufstandsgebieten unverzüglich und unbürokratisch Aufenthalt und medizinische Hilfe in Nordrhein-Westfalen zu ermöglichen; 6. auf die Bundesregierung mit dem Ziel einzuwirken, daß diese sich in ihrer Außenpolitik von der Erkenntnis leiten läßt, daß es in dieser Region keinen echten Frieden geben kann, wenn nicht das Recht auf nationale Selbstbestimmung für alle Völker der Region endlich verwirklicht wird.“ — (stb)

Projekt „Kinderhorte an den Schulen“ wird eingerichtet

Stuttgart. Angekündigt in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Teufel, werden sie jetzt schnell umgesetzt. Konzeptionslos, billig und qualitativ sind die 100 Modell-Betreuungsgruppen mit ca. 20 Kindern und einer Betreuerin. (Stuttgarter Schülerhorte: 25 Kinder, 1,5 Fachkräfte, höchstens 175 DM). In Klassenzimmern sollen sie eingerichtet werden, Lehrkräfte und Schulanbieter werden in die Betreuung einbezogen, also eine Weiterentwicklung der „Kernzeiten an den Grundschulen“, eine Halbtagsaufbewahrung. 175 DM für eine sechsstündige Betreuung und nochmals 110 DM für ein Mittagessen, das nicht zum Standard gehören wird. Vorherrschende Meinung ist: besser als gar nichts. — (unb)

Wegfall Gewerbesteuer: Allein in NRW 1,5 Mrd. DM

Düsseldorf. Die Streichung der Gewerbesteuer ab 1.1.1992, die Bestandteil der Koalitionsvereinbarungen von CDU, CSU und FDP ist, wird den Gemeinden in Nordrhein-Westfalen Einnahmeverluste von mehr als 1,5 Milliarden DM bringen. Das geht aus Berechnungen des Landesinnenministeriums hervor. Das Gewerbesteueraufkommen in NRW würde im Landesdurchschnitt um ein Siebtel sinken, in einzelnen Städten jedoch erheblich mehr. Duisburg muß mit Verlusten in Höhe von 25 % des Gewerbesteueraufkommens rechnen (63 Mio. DM). Bochum mit fast 20 % (28 Mio. DM). Die Gewerbesteuer sind neben der Grundsteuer die einzigen Steuern, auf deren Höhe die Gemeinden noch einen direkten Einfluß haben. Ihr Wegfall bedeutet auch in dieser Hinsicht weitere Entmachtung der Kommunen. Erhöhen wird gerade die Gewerbesteuer — und zwar — im Gegensatz zur Gewerbesteuer — unabhängig von der Höhe ihres Profits. Städte wie Duisburg und Bochum sind denn auch Sitz großer Konzerne. — (wof)

ÖTV Bezirksseminar Erziehungsdienst

Stuttgart. Folgende Anfragen und Anträge wurden beschlossen, die über die Kreisdelegierten- und Bezirksversammlungen zur Beschlußfassung kommen sollen:

„1. Der Hauptvorstand möge sich festlegen zu der Frage, ob es prinzipiell möglich ist, Arbeitsbedingungen in Tarifverträgen festzulegen. Ist dies der Fall, fordern wir den HV auf, eine solche Tarifaufeinanderstellung ... zu initiieren und zu unterstützen ... 2. Der HV möge beschließen, die Diskussion um Kinderhaus-Konzeptionen positiv zu unterstützen, sie offensiv zu fördern, und alles dafür zu tun, daß diese Konzeptionen zum Erfolg führen ...“

Die ÖTV soll mit Parteien, Eltern und Beschäftigten einen Gesetzentwurf für Kindertagesstätten erarbeiten. — (unb)

ÖTV-Delegiertenkonferenz unterstützt Kurden

Hannover. Auf der ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz am 16.4.1991 in Hannover wurden ca. 3000 DM zur Unterstützung der Kurden gesammelt. In einem Redebeitrag griff ein Delegierter türkischer Abstammung die Politik der Bundesregierung an, die mit jahrelanger Militärhilfe das türkische Regime unterstützte, das Kurden ins Gefängnis warf, folterte und ermordete. Gleichzeitig werden hier, so führte er aus, kurdische Freiheitskämpfer als Terroristen bezeichnet und angeklagt, wobei die Anklagepunkte sich inzwischen als nicht haltbar herausstellen würden. — (kai)

„Hannover als Tor nach Ostpreußen“

Hannover. Vom Flughafen Hannover/Langenhagen soll es ab Mai diesen Jahres eine direkte Flugverbindung nach Kaliningrad in der Sowjetunion geben, jeden Montag und ab Juli zusätzlich jeden Freitag. Das Reiseunternehmen Ideal-Reisen hat vor dem Reiseveranstalter Hansa-Tourist von der staatlich-sowjetischen Fluggesellschaft Aeroflot die Genehmigung für Charterflüge erhalten. Angeboten werden Ein- und Zweiwöchenaufenthalte in „Königsberg“ und Umgebung. Als „touristisches Pionierunternehmen“ wird die Reise „Hannover — Königsberg“ gefeiert. Die Hanoversche Allgemeine Zeitung agiert als Organisator einer Leserreise nach „Ostpreußen“. Mit der Werbung für die Reise in den „geistigen Mittelpunkt des deutschen Ostens“, zur historischen „deutschen“ Stadt „Königsberg“ betreibt sie Geschichtsfälschung und mißachtet Staats- und Völkerrecht. In der Veröffentlichung zur Leserreise (HAZ vom 05.03.91) wird der Deutsche Orden für die Gründung der Stadt im Mittelalter in den höchsten Tönen gelobt. Es waren jedoch Raub-, Unterwerfungs- und Plünderungszüge, die vom Deutschen Reich aus durchgeführt wurden. Das Reiseunternehmen Ideal-Reisen wirbt in Zeitungen der Vertriebenenverbände für seine Reisen. Der Bund der Vertriebenen (BdV) führt Aktionen zum Wiederaufbau des Doms im sowjetischen Kaliningrad („Königsberg“) durch. Das Ziel der Reiseveranstalter und der HAZ ist kein anderes als das der Vertriebenenverbände: Durch Einmischung die Destabilisierungspolitik in Osteuropa voranzubringen. — (anr)

Kommunale Elektrizitätsversorgung

Erfolg von fünf Elektrizitätsgenossenschaften gegen den RWE-Konzern

Hannover. Im Landkreis Osnabrück haben 5 Elektrizitätsgenossenschaften einen Erfolg gegen das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) vor dem Oberlandesgericht Oldenburg errungen, der Beachtung verdient, da er

anderen Gemeinden, die auch den Weg einer dezentralen, kommunalen Energieversorgung einschlagen wollen Möglichkeiten eröffnet, den Erpressungsversuchen großer Energieversorgungsunternehmen zu begegnen.

Die Elektrizitätsversorgung im Landkreis Osnabrück

Der Landkreis Osnabrück wird mit Ausnahme von fünf Gemeinden mittel- und niederspannungsseitig vom RWE versorgt. Diese fünf Gemeinden gründeten Anfang der 20er Jahre eigene Elektrizitätsgenossenschaften, da das RWE zu diesem Zeitpunkt kein Interesse an der Versorgung von dünn besiedelten, ländlich strukturierten und wirtschaftlich unattraktiven Gebieten hatte. Diese Genossenschaften schlossen mit dem RWE einen sogenannten A-Vertrag, der die niederspannungsseitige Versorgung der Endverbraucher den Genossenschaften überließ, während das RWE den Strom mittel- und hochspannungsseitig lieferte. Schon in diesem Vertrag behielt sich das RWE vor, attraktivere Kunden ab einer bestimmten Bezugsmenge als Sondervertragskunden selbst zu beliefern.

Diese Genossenschaften sind dem RWE schon lange ein Dorn im Auge, da sie sich bis heute erfolgreich allen Übernahmeversuchen zur Wehr gesetzt haben. Mit der Strategie „Versorgung bis zur letzten Lampe“ wurden im Laufe der Jahre fast alle kommunalen Versorgungsunternehmen des RWE-Versorgungsgebietes vom Konzern geschluckt. Die Kommunen wurden durch geschickte Einbindung in den Konzern (Beteiligungen) und durch die damit verbundenen materiellen Anreize (Konzessionsabgaben), Dividende und Sonderzahlungen) geködert.

Das Konzept der Elektrizitätsgenossenschaften

Die Elektrizitätsgenossenschaften bilden einen Gegenpol zum Energie-Konzern: Sie versorgen ihre Tarifkunden zu günstigeren Preisen auf der Lokalstufe (Kommune), als das RWE oder andere EVUs (Energie-Verbundunternehmen) es tun. Ihre Geschäftspolitik ist durch direkte Mitbestimmung der Genossenschaftsmitglieder durchschaubar und kontrollierbar, ähnliches läßt sich für das RWE nicht sagen. Die Genossenschaften berücksichtigen als ortsansässige Unternehmen die örtlichen Bedingungen unmittelbar, der Konzern nimmt keine Rücksicht auf örtliche Bedingungen. Der Konzern verfolgt eine absatzorientierte Versorgungspolitik auf Basis von Großkraftwerken und hält entsprechende Überkapazitäten bereit, er strebt das totale Versorgungsmonopol „bis zur letzten Lampe“ an. Billigere und umweltschonendere Energieversorgungs-konzepte — Blockheizkraftwerke (Kraft-Wärme-Kopplung), kommunale Fernwärmeversorgung, Verbund Einsatz alternativer Energien — passen nicht in dieses Konzept und werden abgewürgt. Die Genossenschaften hingegen benötigen solche Konzepte, um gemäß ihrem

Auftrag die Kunden mit preiswerter Energie zu versorgen. Darüber hinaus ist ihre Maxime die Versorgung der Bevölkerung mit preiswerter Energie, nicht aber Maximal-Profit um jeden Preis.

RWE zunächst gescheitert

Mit Wirkung vom 30.9.85 hat das RWE nun den bisherigen Liefervertrag mit den Elektrizitätsgenossenschaften gekündigt und verlangt für eine Kilowattstunde nun 17,8 Pf anstatt bisher 13,69 Pf. Das hätte für die Genossenschaften das AUS bedeutet. Sie entschlossen sich, nicht zu zahlen und übernahmen im Gegenzug noch die Belieferung eines mittleren Unternehmens, welches bisher vom RWE den Strom bezog. Das RWE zog vor das Gericht und erlitt vor dem Landes- wie dem Oberlandesgericht eine Niederlage. Beide Gerichte folgten der Argumentation der Elektrizitätsgenossenschaften, die im wesentlichen folgendes vorbrachten: — der geforderte Strompreis entspricht nicht den Grundsätzen der Billigkeit, da

das RWE nicht offengelegt hat, welche Erlöse es im Stromverkauf realisiert, wie hoch die Kosten der Stromproduktion sind und welche Gewinnspanne es im gesamten Bereich erwirtschaftet.

— das RWE betreibt seine Preispolitik nicht, um entstehende Kosten abzudecken, sondern um seine Monopolstellung auszunutzen, um den Genossenschaften den Garaus zu machen.

— eine Kostenorientierung von Strompreisen gibt es sowieso nicht, da z.B. Aluminium-Werke zu 4,5 Pf/kwh beliefert werden.

— ferner sind die Erzeugerpreise des RWE um 4 % gesenkt worden, da die Stromerzeugungsgesellschaften, nachdem die Kernkraftwerke zum großen Teil abgeschrieben sind, erheblich erhöhte Gewinne erzielt hätten.

Fazit: Der geforderte Strompreis ist nicht gerechtfertigt! Die Genossenschaften müssen nun weiterhin zum alten Preis beliefert werden.

Quellenhinweis: Oberlandesgericht Oldenburg Geschäftsnummer 3U2/90, 4HO 5/88 LG Osnabrück. — (abc)



Hamburg: SPD-Standortpolitik im Hochschulwesen

Novelle des Hochschulgesetzes verschärft Konkurrenz und Abhängigkeit von Kapitalisten

Hamburg. Am 10.4. hat die Bürgerschaft nach erster Lesung einen SPD-/FDP-Entwurf zur seit Jahren umstrittenen Novellierung des Hamburger Hochschulgesetzes verabschiedet. Sechs Jahre lang konnten Proteste von Hochschulangehörigen die geplante Umgestaltung auf mehr marktwirtschaftliche Elemente im Hochschulbetrieb verhindern. Es handelt sich bei der verabschiedeten Novelle um eine Anpassung an das 1985 von der Bundesregierung erlassene Hochschulrahmengesetz. Im folgenden werden drei Punkte der Reform kurz betrachtet.

— Die FDP setzte in dem aktuellen Entwurf durch, daß private Hochschulen künftig kein Gesetz mehr benötigen sollen, um in Hamburg ihren Betrieb aufnehmen zu können. Die damit betriebene weitere Förderung von privaten Bildungseinrichtungen wird zu einem neuerlichen Differenzierungsschub auf dem Rücken derjenigen Studenten führen, deren Eltern kaum oder nichts „zuschießen“ können. Bestimmte „Rosinenfächer“, die an den öffentlichen Universitäten überlaufen sind, werden dann

wahrscheinlich nur noch an Privathochschulen unter er- und zuträglischen Bedingungen gelehrt werden.

— Künftig soll die Möglichkeit bestehen, Einstellungen von Professoren durch Drittmittel (also Gelder aus Privatunternehmen, die diese zu Forschungszwecken geben) zu finanzieren. Das wird die Folge haben, daß Konzerne schnörkellos und direkt ihre Talentsucher ausschwärmen lassen können, die an der Universität die — aus öffentlichen Mitteln finanzierte — Ausbildung ihrer angehenden Angestellten leiten und beaufsichtigen. Forschung wird dadurch zunehmend — mehr noch als schon jetzt — in direkter Abhängigkeit des Geschäftsganges der Kapitalisten und nur in ihrem Interesse funktionieren.

— Es soll ein System von Eingangstests an den Universitäten geschaffen werden, vorwiegend für Berufstätige, die ein Studium aufnehmen wollen, aber kein Abitur besitzen. Dadurch sollen die Universitäten bzw. Professoren mehr darüber bestimmen können (bisher fanden entsprechende Tests unabhängig in Schulen statt), wen sie als Student wol-

len, und wen nicht. Das wird zu einer Zunahme von Karrierismus, Begünstigung und Opportunismus an den Hochschulen führen. Die Bedeutung der „richtigen Eltern“ wird wachsen.

Die SPD läßt kaum noch irgendwelche Anzeichen dafür erkennen, daß sie fortschrittliche Reformen des Bildungswesens, die sie versprochen hat, verwirklichen will. Da kann sie sich auch nicht stets mit Kompromißnotwendigkeit gegenüber dem Koalitionspartner FDP herausreden. Kritik an den „Elite“-konzeptionen der FDP ist kaum vernehmlich. Es ist nicht ausgemacht, ob die dementsprechende Orientierung sozialdemokratischer Bildungspolitik auf „Gewinner“ oder solche, die es werden zu können glauben, als Konzept aufgeht. Zunehmende Schwierigkeiten in den Verhältnissen untereinander bei Basis-Hochschulgruppen, Jusos und Falken sind absehbar, wenn die Bande noch stärker zerrissen werden, die die sozialdemokratische Bildungspolitik mit dem Bildungsapparat diskriminierten z.T. — wenn gleich notdürftig — noch zusammenhielt. — (uga)

Antiimperialismus im „Nord-Süd-Konflikt“

Ansätze gegen einen Schulterschuß mit dem Imperialismus

Der Golfkrieg ist Ausdruck eines eskalierenden „Nord-Süd-Konfliktes“ (1), d.h. der hochindustrialisierten, imperialistischen Staaten gegen Staaten vorwiegend der sog. „3. Welt“, deren Industrialisierung verhindert wird, deren Bevölkerungen in mehr oder weniger großer Armut leben und die, wo die Länder über Rohstoffe verfügen, zur bedingungslosen Ausplünderung freigegeben sind.

Die Zuspitzung jetzt hat mehrere Ursachen:

— Die Zeiten, in denen die Imperialisten in „unterentwickelten“ (d.h. nicht oder kaum industrialisierten) Ländern Industrien aufbauten, die besonders an billigen Arbeitskräften interessiert waren, sind tendenziell vorbei. Solche Industriezweige werden weniger, stattdessen expandieren High-Tech-Unternehmen, die weniger, aber dafür qualifizierteres Personal benötigen. Anders ausgedrückt: Der Anteil des variablen Kapitals (der Arbeitenden) wird geringer im Verhältnis zum konstanten Kapital (hier v.a. Maschinen, Computer und Technologie). Dadurch verlagert sich die Industrieproduktion wieder zurück in die imperialistischen Herkunftsländer. Mithalten können allenfalls noch jene Länder, deren Industrie schon relativ weit entwickelt ist, die über die nötigen Infrastrukturen bereits verfügen. Das betrifft v.a. asiatische Staaten, z.B. Südkorea, Thailand oder Singapur. Aus den anderen Staaten wird sich das Kapital nach und nach zurückziehen, wodurch die Möglichkeit industriellen Fortschritts (wenn auch aufgrund der brutalen Ausplünderung menschlicher Arbeitskraft) gänzlich wegfällt. Diese Länder werden sogar der Perspektive beraubt, aus ihrer Ausbeutung durch die Imperialisten ein klein wenig Nutzen zu ziehen. Jeder Aufbau neuer, eigener Strukturen wird den Imperialismus stören, da perspektivisch eine Konkurrenz zu ihnen; sie werden es verhindern (wollen). (Evtl. ist der Golfkrieg schon ein Ausdruck davon, denn der Irak hat die „Petrodollars“ z.T. in industriellen Aufbau insbesondere der ölverarbeitenden Industrie und der Bauwirtschaft reinvestiert, ganz im Gegensatz zu z.B. Kuwait oder Saudi-Arabien.) Armut und Hunger werden noch weiter um sich greifen als ohnehin schon. (Siehe dazu den GJA/R-Artikel in den PB 10/90.)

— An Rohstoffen bleibt ein Interesse, wird jedoch geringer, die Industrienationen werden rohstoffunabhängiger. Das wird die Preise senken und die Möglichkeit für Staaten, aufgrund von Rohstoffvorkommen eine eigene Industrialisierung in Gang zu setzen, zumindest aber in nicht ganz so großer Armut zu leben, zunichtemachen. Das ist die eine Komponente: Die Abhängigkeit Rohstofflieferant — Rohstoffabnehmer steigt einseitig. Die andere: Da, wo Rohstoffe noch größere Bedeutung haben, werden die Staaten anderweitig gefügig gemacht, auch die militärische Variante ist hier enthalten. (Der Golfkrieg erklärt sich zu einem Teil daraus.)

— Der Zusammenbruch der UdSSR gibt zum einen den Imperialisten neue Möglichkeiten zu operieren, besonders militärisch, da die gewisse Zurückhaltung aufgrund dieses Spannungsverhältnisses entfällt. Zum anderen hatten Staaten eingeschränkte Möglichkeiten, sich vom Imperialismus zu lösen und eine Wirtschaft aufzubauen durch die Unterstützung der UdSSR. Daß diese Unterstützung durchaus machtpolitischen Erwägungen der UdSSR geschuldet war, nicht dem proletarischen Internationalismus, ändert nichts an den daraus entstandenen Möglichkeiten für Staaten der „3. Welt“. Diese entfallen ersatzlos.

Dies alles führt zu erheblichen Verschlechterungen in den Lebensbedingungen der Menschen dort und in den Perspektiven zur Veränderung ihrer schlechten Lage. Es werden immer wieder Kämpfe aufgrund dieser Entwicklungen entstehen. Sie werden außerordentlich unterschiedlich sein. Schon jetzt handelt es sich um eine breite Spanne: von sehr zielgerichteten Befreiungskämpfen, die sich gegen den Imperialismus wenden, um einen selbständigen (sozialistischen) Staat aufzubauen (Kurdistan, Philippinen, Azania, El Salvador) über Befreiungskämpfe, die sich zwar gegen den Imperialismus richten, aber gleichzeitig, z.B. über religiöse oder nationalistische Orientierungen, erneute Unterdrückung vorpro-

grammieren, bis hin zu nicht antiimperialistischen Bewegungen, wie z.T. der Überfall des Irak auf Kuwait sich daraus erklärt, die damit (ungewollt) in partiellen Widerspruch zu Imperialisten geraten, gleichzeitig aber selbst eine Hegemonie anstreben, die nach innen und außen sich nur unterdrückerisch auswirken kann.

Dennoch haben diese Kämpfe, bei aller Unterschiedlichkeit, eine gemeinsame Ursache. Vor diesem Hintergrund müssen AntiimperialistInnen hier diese Kämpfe bewerten. Das kann im Moment heißen: aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker Kämpfe um Befreiung zu unterstützen; da, wo sie in eine befreiende Richtung gehen, sowie so; da, wo sie nicht eindeutig sind, das Recht auf Selbstbestimmung hervorzuheben; da, wo sie sich selbst hegemonial gegenüber anderen äußern, sie zu verurteilen, gleichzeitig aber jede Einmischung der Imperialisten abzulehnen und zu bekämpfen, da diese nie einer Befreiung dient, sondern nur dazu, bestehende Verhältnisse zu zementieren bzw. für den Imperialismus zu verändern, was in jedem Fall einer wirklichen Befreiung entgegenwirkt.

Das findet auch Ausdruck in den imperialistischen Ländern

Nicht daß die Imperialisten Ruhe an der „Heimatfront“ für ihre Ausplünderungszüge brauchen, ist dabei das für unser Handeln Entscheidende, sondern die Vermittlung in die Bevölkerung. Es wird hier stattfinden, und findet auch schon permanent statt, eine ideologische Auseinandersetzung um einen Schulterschuß breiter Teile der (Alt-)BRD-Bevölkerung mit den Imperialisten, wogegen eine sehr schwach verbreitete internationalistische Position steht, die dem Imperialismus Einmischung nicht gestatten will. Am Beispiel des Golfkrieges zeigte sich, daß die BRD-Imperialisten den Schulterschuß weitgehend erreicht haben, insbesondere wenn mensch in Rechnung stellt, daß weite Teile der Friedensbewegung nicht die Einmischung und Fremdbestimmung der Imperialisten in der Golfregion kritisierten, sondern die Methoden, derer er sich bediente. Es hieß, Krieg wäre für die Erreichung der Ziele nicht nötig, Wirtschaftssanktionen würden ausreichen. Eine Parole, die dem entgegensteht und Kriegsziele kritisiert — „Kein Blut für Öl!“ — wurde immer weiter zurückgedrängt, in der „Konkret“ vom März hieß sie schon „Nazi-Parole“.

Eine Untersuchung müßte sich auf die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen beziehen und insbesondere die ökonomischen Interessen sowie ihre ideologische Vermittlung berücksichtigen. (Das meint, niemand wird heutzutage sagen: Ich bin für die Eroberung der Golfregion, weil dadurch das Öl billiger wird z.B., sondern wird vielleicht dafür sein — evtl. ohne es bewußt wahrzunehmen —, sein Dafürsein aber mit anderen Gründen ummanteln, wie z.B., den Menschen Frieden und Freiheit zu bringen.)

Wir versuchen den Ausdruck, den das innerhalb des DGB/der Gewerkschaftsbewegung und der Linksintellektuellen findet, ansatzweise zu bestimmen.

1. Zum DGB

Die Werktätigen unterliegen einer Ausbeutung durch das Kapital und haben somit (objektiv) ein Interesse an der Befreiung vom Kapitalismus. Insofern haben sie gemeinsame Interessen mit den Völkern der „3. Welt“. Das ist die eine Seite. Die andere ist, daß bei einem „erfolgreichen“ imperialistischen Staat auch noch was für die Werktätigen abfällt: relativ sichere Arbeitsplätze, Spielraum der Kapitalisten für die Reproduktionskosten, d.h. bessere Löhne als woanders, Aufstiegschancen in der Kolonialverwaltung, billigere Produkte aus der „3. Welt“, als wenn diese nach ihrem wirklichen Wert bezahlt würden. Dies wirkt auf einen Schulterschuß mit den Imperialisten hin.

Hinzuzufügen ist dem, daß die Werktätigen als Ganzes so nicht zu betrachten sind, da sie außerordentlich differenziert sind. Ein/e HilfsarbeiterIn (womöglich mit nicht-deutschem Paß) hat erheblich andere Interessen als ein/e mittlere/r Angestellte/r und erst recht als jemand aus dem Management.

Es ergeben sich danach aus der Lage der Werktätigen keine eindeutigen Inter-

essen bezüglich des Imperialismus, die ein bestimmtes Verhalten vorherbestimmen würden, es gibt Gründe sowohl für ein zeitweiliges Bündnis mit den eigenen Unterdrückern, genauso wie für proletarischen Internationalismus. Daraus folgt, daß ein dauernder ideologischer Kampf stattfindet.

Für den Augenblick ist festzuhalten, daß es in der ArbeiterInnenklasse und in den übrigen werktätigen Schichten kein antiimperialistisches Bewußtsein gibt. Woher sollte es auch kommen? In der Geschichte der BRD hat der DGB das Wohl der ArbeiterInnen immer an das Wohl des Kapitals gekoppelt, und in der Tat ging es auch bis in die 70er Jahre mit dem Aufstieg des BRD-Kapitals in internationalem Rahmen auch der Mehrheit der ArbeiterInnen besser. Das förderte natürlich innerhalb der ArbeiterInnenklasse ein falsches Bewußtsein für die Verwirklichungsbedingungen eigener Interessen.

Daraus ist eine ganze Ideologie geworden: die der Sozialpartnerschaft,

Als es dann die massive reaktionäre Propaganda gegen die Friedensbewegung gab, brach der DGB selbst seine zarte Kritik weitgehend ab. Wichtig ist dabei, daß diese reaktionäre Propaganda auch in den Reihen der Gewerkschaften Unterstützung fand und durchaus nicht nur von außen dem DGB aufgezungen wurde.

Hinzu kommt, daß die höheren Gewerkschaftsfunktionäre über Aufsichtsratsposten äußerst eng an imperialistische Interessen geknüpft sind und von daher schon kein Interesse an antiimperialistischem Bewußtsein innerhalb der Mitgliedschaft haben können.

Es scheint, daß die ideologische Vermittlung innerhalb der ArbeiterInnenklasse hauptsächlich darüber läuft, daß die „3. Welt“ als „primitiv“ angesehen wird und an westliche zivilisatorische Errungenschaften herangeführt werden müsse. Es ist in Gesprächen häufig zu bemerken, daß die Völker dort nicht für reif genug für Selbstbestimmung erachtet werden, bei gleichzeitiger Ausblen-

dikalen Linken München in PB 6/91.)

Die Linksintellektuellen der BRD waren links nicht aufgrund (ökonomischer) Analysen des Kapitalismus, die sie zu der Schlussfolgerung gebracht hätten, daß dieses System keine Lebensperspektive für die Menschheit bieten kann, sondern aus moralisch-humanistischen Motiven, die an Folgen des Kapitalismus herumdoktern, aber nicht zu den Ursachen vorstoßen. Auf diese Weise blieben sie an der Oberfläche, auf der Ebene der Erscheinungen.

Das ging solange gut (gut im Sinne von: richtete sich gegen den Imperialismus), solange die Bewegungen, die durch den Imperialismus in der „3. Welt“ ausgelöst wurden, eine eindeutige humanistische Orientierung hatten (So war die Unterstützung der nicaraguanischen SandinistInnen eigentlich nie ein Problem.) Irrungen und Wirrungen treten da auf, wo diese Bewegungen scheinbar oder tatsächlich nicht in befreiende Richtungen gehen (siehe oben). Viele dieser neueren Bewegungen sind



nach der Kapital und Arbeit keine antagonistischen Widersprüche mehr bergen, sondern beide an einem Strang ziehen und die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums auf dem Verhandlungswege einvernehmlich zu klären ist, wo dann kleinere Streiks um ein paar Prozente akzeptiert werden, aber die Hauptkomponente dennoch ist: Klassenkämpferische Auseinandersetzungsformen braucht die ArbeiterInnenklasse nicht mehr.

Entsprechend bestand auch bei Ausbruch des Golfkrieges kein Anlaß, antiimperialistische Regungen innerhalb der ArbeiterInnenklasse zu erhoffen. Dem entsprach das Verhalten des DGB: zuerst vorsichtige Kritik am Vorgehen der Imperialisten, bei gleichzeitiger Akzeptierung der Ziele. So spricht das DGB-Flugblatt zur Bonner Demo am 26.1. ausschließlich von den Verbrechen des Irak und verurteilt an der Alliierten-Seite nur den Einsatz von Waffen. Kein Wort der Kritik an den Imperialisten oder den imperialistischen Interessen. So wird die Mär verbreitet, es ginge tatsächlich um die Befreiung Kuwaits. Nach den Interessen der Menschen in der Golfregion wurde nie gefragt.

derung der eigentlichen Gründe imperialistischer Einmischungen.

2. Linksintellektuelle

Auffällig in den momentanen Auseinandersetzungen ist, daß etliche Intellektuelle, die mehr oder weniger deutlich von links kamen und sich bis vor kurzem zur Linken zählten oder es immer noch tun, ins Lager des Imperialismus gewechselt sind. Hier nur einige Befürworter des Golfkrieges:

— Biermann, wegen Israel.

— Enzensberger, weil Saddam Hussein = Hitler.

— Gremliza: „... Der Irak (muß) der Fähigkeit beraubt werden, Israel ... anzugreifen und zu liquidieren.“ ... Aus falschen Gründen und mit falschen Begründungen (wird) das Richtige getan ...“

— Pohrt (der bislang Widerlichste) sieht die Friedensbewegten als völkisch, krank und hinter Gitter gehörend, denn sie „sehnen den Untergang des Staates (Israels; AG/R) herbei, mit dem die Araber, aber nicht die Landsleute leben können, weil seine Existenz an ihre ungesühnten Verbrechen erinnert“. (Siehe dazu die detaillierte Darstellung der Ra-

mit Humanismus überhaupt nicht mehr zu erfassen, nur noch die Analyse der Hintergründe (Stichwort: „Nord-Süd-Konflikt“) kann hier deutlich machen, daß nur der Rückzug der Imperialisten Möglichkeiten von Verbesserungen eröffnet.

Aber so, wie sie analysieren, treten für viele Linksintellektuelle Menschenfeinde gegeneinander an, und sie stellen sich auf die Seite des scheinbar humaneren, des Imperialismus. (Wobei, nebenbei bemerkt, speziell der US-Imperialismus eine Aufwertung erfährt, da nur ihre „Reinwaschung“ von ihren Verbrechen solch einen Blickwinkel zuläßt.)

Bezeichnend für dieses Herangehen ist die Erklärung des Verhaltens des Irak und anderer arabischer Staaten aus spezifisch „arabischer Mentalität“, Handelsgepflogenheiten auf Basaren und „islamischer (d.m. irrationaler) Verhaltensweisen“. Dies z.T. durchaus wohlwollend gemeint, als müßte dies nur berücksichtigt werden, und alle Probleme können gelöst werden.

Des weiteren spielt das Ende ihrer (der Linksintellektuellen) gesellschafts- veränderlichen Hoffnungen eine Rolle



Bilder: af/mz

Gemeint ist damit das, was vielfach unter „endgültiger Sieg des Kapitalismus“ und „Ende der sozialistischen Utopien“ daherkommt und sich z. B. bei Biermann in einem großmäuligen Antikommunismus Bahn bricht.

Je mehr gesellschaftsveränderliche Hoffnungen aufgegeben werden, weil der gesellschaftliche Einfluß derartiger Positionen derzeit sinkt und nur noch marginal erkennbar ist, desto größer ist auch die Bereitschaft von Menschen, die sich als „VordenkerInnen“ zu sehen gelernt haben, anderen das abzusprechen, was ihnen selber nicht glücken wollte. Das fing schon an bei der Kritik an „Waffen für El Salvador“ (mensch „entdeckte“ damals, daß Gewalt keine Probleme löst); setzte sich fort in unlauteren Kritiken am kurdischen Befreiungskampf (gegen die PKK wurden Vorwürfe erhoben, die aus der Luft gegriffen waren, jedoch dem Staatsapparat in die Hände spielten, der sie z. T. noch

benutzt. Eine politische Kritik dagegen muß immer erlaubt sein, sie darf sich aber nicht hinter Lügen verstecken; machte sich deutlich an der Pro-Israel-Haltung; an der breiten Zustimmung, resp. Hinnahme der Annexion der DDR, weil für die Menschen dort das angeblich Beste; und erreicht in der Zustimmung zum Golfkrieg einen vorläufigen Höhepunkt (hier leider auch von Menschen, die die Annexion der DDR mit der Begründung ablehnten: „Es gibt kein Recht auf Imperialismus“).

Unklar ist uns, inwieweit ökonomischer Druck auf die Intellektuellen insgesamt (nicht unbedingt auf jede/n Einzelne/n) Wirkung zeigt. Je weniger sich das Kapital Protest oder gar Widerstand gegen imperialistische Expansion leisten kann, weil er am Lebensnerv trifft und innerimperialistische Konkurrenz stärkt, desto weniger wird „liberale Demokratie, in der auch abweichende Meinungen nicht ausgegrenzt werden“,

auf der Tagesordnung stehen, und das heißt, je formierter diese Gesellschaft auftritt (auftreten will), desto schwieriger wird es für kritische Intellektuelle, in ihr einen „gebührenden“ Platz zu finden. Was mensch polemisch als Kampf um die Brosamen des Kapitals bezeichnen könnte, stellt sich evtl. für die Intellektuellen zunehmend als Existenzkampf dar.

Konkret scheinen hier besonders zwei Propagandaformeln eingängig zu sein: das Gerede von einer friedlichen Weltordnung, wenn erst gewisse „Störenfriede“ beseitigt sind, und die Propaganda, die wegen der Judenvernichtung des 3. Reiches eine Vasallentreue zu Israel verlangt, die Kritik am Vorgehen Israels gegenüber den PalästinenserInnen weitgehend ausschließt und sie als Antisemitismus denunziert.

Hier außer acht bleiben zwei Bereiche, die dazugehören, nämlich die der inneren Kolonisation gegenüber der

DDR und gegenüber den hier lebenden Menschen ohne deutschen Paß.

Was folgt daraus für unsere Arbeit?

Daß wir unter diesem Punkt nur sehr wenige und allgemeine Aussagen treffen, zeigt einen Diskussionsbedarf, der sicher nicht nur bei uns besteht.

Eine wichtige Aufgabe wird sein, die Kritik am Imperialismus zu führen, seine Wirkungs- und Vorgehensweisen zu untersuchen, aufzudecken und zu bekämpfen. Zu beweisen, daß der Imperialismus auch tötet, verhungern läßt, ausplündert und ausbeutet, wenn er nicht mit Truppen präsent ist (Weltbank- und IWF-Kritik z. B.). Dabei muß ein propagandistischer Mittelpunkt sein, zu zeigen, daß das Interesse der BRD-Bevölkerung ungleich dem des Imperialismus ist, zu schweigen von der Erkenntnis, daß wer andere unterdrückt oder es duldet, selbst nicht frei sein kann.

Bewußtsein schaffen fängt nicht bei Null an. Die Arbeit vieler Internationalismusgruppen hat etliches geleistet. Genauso ist der Pazifismus, die derzeitige Hauptströmung der Friedensbewegung, ein Bündnispartner und unserer Argumentation nicht unzugänglich.

Auch wenn der Golfkrieg vorläufig beendet ist, muß klar sein, daß a) mit den wahren Grundlagen dieser Auseinandersetzung auch weitere Auseinandersetzungen keineswegs vom Tisch sind, sondern bevorstehen, und b) daß das Kriegsende für uns nur eine Atempause ist, die wir nutzen müssen, um antiimperialistische Inhalte zu verbreiten, keinesfalls darf sich jetzt von diesem Thema abgewandt werden. Auch hier ist Kontinuität die Voraussetzung, um Stärke zu gewinnen.

Anmerkung: (1) „Nord-Süd-Konflikt“ ist ein bürgerlich bestimmter Begriff, da er die materiellen Hintergründe nicht faßt, sondern eher auf geographische Bedingungen abhebt. Wir benutzen ihn, weil wir im Moment keinen besseren wissen.

— Anarchistische Gruppe / RätekommunistInnen (AG/R, Ex-GJA/R) Hamburg

Spendenaufwurf für das kurdische Volk

In den bürgerlichen Medien geistern derzeit zahllose „Spendenkonto“ herum, die zur Hilfe für das kurdische Volk aufrufen. Oft bleibt dunkel, auf welchem Weg und wie die Hilfen an das kurdische Volk gelangen, ob sie z. B. zur Finanzierung der Lager dienen, die von türkischen und alliierten Soldaten bewacht werden. Auch behindert die türkische Regierung Hilfsleistungen, wo sie nur kann. Für Spenden, die direkt den kurdischen Befreiungskampf unterstützen sollen, hier deshalb das Konto der Kurdistan-Solidaritätsgruppen in der BRD:

Beate Berg (Kontoinhaberin), Hamburger Sparkasse, Bankleitzahl 200 505 50, Konto Nr. 10 42 80 22 21.

Für humanitäre Spenden, Sachspenden u.ä. dokumentieren wir im folgenden einen Aufruf des Kurdistan-Zentrums in Bonn in Absprache mit den kurdischen Menschenrechtsvereinen und den kurdischen Hilfskomitees vor Ort. — (nül)

An alle Menschen,

die Tragödie von hunderttausenden kurdischen Menschen, die sich auf der Flucht vor den Angriffen des barbarischen Saddam-Regimes befinden, wird uns (noch) tagtäglich über die Massenmedien übermittelt. Aber schon jetzt sinkt das Interesse an den Flüchtlingen und es ist nur eine Frage der Zeit, wann nur noch sporadisch das Leid in den Flüchtlingslagern beklagt wird.

Das Problem der Flüchtlinge in Kurdistan ist Teil eines politischen Problems. Alle Hilfsmaßnahmen werden mittel- und langfristige nur einen Sinn haben, wenn es auch eine politische Lösung für das kurdische Problem gibt.

Am Anfang jeder politischen Lösung steht allerdings die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des kurdischen Volkes und seiner legitimen Vertreter.

Trotzdem ist die materielle Unterstützung derzeit die wichtigste Aufgabe. Inzwischen sind eine Vielzahl von Hilfsaktionen angelaufen. Internationale Hilfsorganisationen versuchen, das Leid der Flüchtlinge zu lindern. Allerdings treffen diese Aktionen vor Ort auf größte Schwierigkeiten. Nicht zuletzt behindert der türkische Staat alle Hilfsmaßnahmen. Die Türkei hat kein Interesse an einer wirklichen Hilfe für die Flüchtlinge und beschäftigt sich mit dem Problem nur gezwungenermaßen. Der Hintergrund ist, daß der türkische Staat ein eigenes kurdisches Problem hat.

Wie auch aus allen Berichten vor Ort zu erfahren ist, leisten bisher nur die Kurden in der Türkei eine wirksame Hilfe. Was weniger bekannt ist, ist die Tatsache, daß diese Hilfe von sogenannten „Hilfskomitees“ organisiert wird. Den überparteilichen Hilfskomitees, die es inzwischen in Kurdistan gibt, gehören in erster Linie kurdische Menschen und regionale Institutionen, wie die angesehenen Menschenrechtsvereine in Kurdistan, an. Sie organisieren Nahrungsmittel, Bekleidung und Medizin, sie stellen die Fahrer für die Hilfst Transporte, die Ärzte und die notwendigen Übersetzer.

Während alle internationalen Hilfsmaßnahmen, die mit dem türkischen Staat koordiniert werden, auf bürokratische Hindernisse stoßen oder Opfer von Unterschlagungen werden, sind die Hilfskomitees die einzigen Garanten für die ordnungsgemäße Übermittlung der Hilfsmaßnahmen.

lung der Hilfsmaßnahmen.

Nachdem uns eine große Anzahl von Anfragen über die sichere Übermittlung von Hilfsgütern erreichte, haben wir uns nun mit den Hilfskomitees in Verbindung gesetzt. Inzwischen wurde von diesen Hilfskomitees ein Devisenkonto eingerichtet. Geldspenden auf dieses Devisenkonto sichern, daß alle Spenden ohne Umwege direkt an die Betroffenen weitergeleitet werden.

Desweiteren können sich alle, die Sachspenden leisten wollen beziehungsweise die Hilfskomitees unterstützen wollen, aber abzugsfähige Spendenbescheinigungen brauchen, an das Kurdistan-Centrum in Bonn wenden. Das Kurdistan-Centrum ist ein gemeinnütziger Verein, der seit Wochen LKW-Transporte mit Hilfsgütern organisiert und alle Geldspenden direkt an die Hilfskomitees in Kurdistan weiterleitet. Die LKW-Transporte finden wöchentlich statt und fahren aus verschiedenen Städten in der Bundesrepublik ab.

Adressen und Kontonummern:

Kurdistan-Centrum (gemeinnütziger Verein)
Maxstr. 50-52
5300 Bonn 1 Tel.: 0228/63 15 19
Kontonummer 300 103, Sparkasse Bonn
BLZ 380 500 00

oder direkt in Kurdistan an:

Frau Evlin Aydar (für die Hilfskomitees)
Evlin Gülseven Aydar
Ziraat Bankası, Şişli Şubesi
Konto Nr.: 30 100/386-5
Şişli/TR

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich.
Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226
Tel.: 0221/21 64 42

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider.
Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73
Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM.
Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen, für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux, für Aus Verbänden und Parteien — Diskussion, Dokumentation: Spezialberichte: Alfred Kustler.
Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.
Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntäglich:

Nachrichtenhefte, hrsg. von
AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM
AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM
Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM
AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S., 0,80 M
AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S., 1,20 DM
AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, 4 S., 0,80 DM
AG für antifaschistische Bildungspolitik, 8 S., 1,20 DM
AG für Kommunalpolitik, 8 S., 1,20 DM
AK Öffentlicher Dienst, 4 S., 0,50 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg.: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S., 1,60 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czernikowstr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Grenzweg 4, 3000 Hannover 1
GNN Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlag Hessen
Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg.: Kurdistan-Komitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 8 S., 1,20 DM
Jahresabo: 52 DM

Angehörigen-Info, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 1,20 DM
Halbjahresabo 28,60 DM

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1

Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Jahresabonnement (52.— DM bei Einzelabo).
- ☐ im Halbjahresabonnement (26.— DM bei Einzelabo).
- ☐ Zahle nach Rechnungserhalt.

☐ **Bankinzug:** Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

.....
(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

„Denn parodieren kann man nur Menschenwerk“

Zum Tode von Max Frisch

„Es beschäftigt mich, daß es immer wieder gerade kluge Menschen sind, die den Tod nicht erwarten können.“

Max Frisch, Stiller

Max Frisch starb am 4. April, wenige Wochen vor seinem 80. Geburtstag, in Zürich: Mit ihm stirbt ein Stück jener Generation von Schriftstellern, die um eine aufklärerische, humanistische Literatur bemüht waren und sind, die sich nicht im literarischen Stil verstricken, sondern Kunst immer als Vermittlung von Kritik an der Gesellschaft verstanden.

Im *Dienstbüchlein*, einer bissigen Kritik am Militär, schreibt Frisch: „Wer nicht schweigen kann, schadet der Heimat.“ (Frisch, *Dienstbüchlein*, Ffm. 1981, S. 106) Frisch konnte nicht schweigen: Seine Veröffentlichungen machten ihn bei aller Ehre, die ihm zuteil wurde, stets zum Außenseiter. Und hat er seiner Heimat durch literarische Angriffe zu Lebzeiten vielleicht geschadet, so versteht man es jetzt, Frisch als den schon immer gern gesehenen Kritiker darzustellen, der ja sogar den Mut besaß, sich zu einem humanistischen Sozialismus zu bekennen. Frisch und seinem Werk wird es nicht anders gehen als verstorbenen Schriftstellern wie Brecht oder Dürrenmatt: Daß Tote sich nicht wehren können, macht sie da bequem, wo sie unbequem waren; bei Schriftstellern ist das zweifellos ihr literari-

sches Schaffen. Es soll eine persönliche Auseinandersetzung mit sich selbst gewesen sein, die den Schriftsteller Frisch zum Kritiker macht; auf der Suche nach sich selbst kam er zur Gesellschaftskritik wie die Jungfrau zum Kind. Doch was die einen psychologisierend als Suche in Frischs Werk hineinlesen, ist das einzige, was Frisch schon gefunden hatte: daß etwas mit dieser Welt nicht stimmt. Statt der psychologisierenden Lesart Frischs empfiehlt es sich, Frischs Schriften als materiale Kritik zu lesen, bei der es um Faschismus, Antisemitismus, Wiederaufrüstung, Technik und totalitäre Züge eines nur augenscheinlich demokratischen Europas geht. Und gegen eine Psychologisierung der Kunst hat sich Frisch selbst gewehrt, wie er 1955 in den „Akzenten“ schrieb: „Geht es aber in der Kunst nicht eben darum, das ‚Dahinter‘ hervorzuheben, zur Gestalt werden zu lassen? Das heißt: Es zählt nicht, was hinter einem Kunstwerk ist, sondern nur was (durch das Kunstwerk) da ist, eben das Hervorgebrachte.“ (Frisch, *Zur „Chinesischen Mauer“*, in: *Akzenten*, Jg. 2/1955, S. 387) Das Hervorgebrachte der Kunst, also der Roman, das Theaterstück, das Gedicht, ist auch Hervorgebrachtes der Gesellschaft. Als Schriftsteller mußte sich Frisch immer in einer doppelten Position gefühlt haben: einerseits als Handwerker, der die Kunst des Hervorbringens, des Darstellens

beherrscht, andererseits als Intellektueller, der im Wunsch nach Aufklärung gleichzeitig seine Ohnmacht erkennt, solange er nur Intellektueller ist. Gerade Frischs frühe Theaterstücke, einschließlich der *Chinesischen Mauer*, sind von diesem intellektuellen Pessimismus getragen, der immer auch von handwerklichem, aufklärerischem Optimismus durchzogen war. Doch die Sprünge zwischen Pessimismus und Hoffnung im Schaffen Frischs sind groß und verleihen seinem Werk die oftmals belächelte Bissigkeit, mit der er die Welt kommentiert: „Du sollst nicht töten, mein Freund, und zwar nicht einmal in Gedanken, man tut das nicht, hierzulande nicht, Familie als Keimzelle des Volkes, ... nur Arbeiter pflanzen sich scharenweise fort, ein bedenkliches Versagen unserer Intellektuellen in diesem Punkt, nicht auf das Einkommen kommt es an, sondern auf den inneren Willen, auch ein anständiger Künstler kann in der Schweiz so viel verdienen, daß eine maßvolle Fortpflanzung nicht als ausgeschlossen bezeichnet werden darf, großartige Stipendien allerorten, Charakter des betreffenden Künstlers vorausgesetzt, und dies mit Recht, weiß Gott, mit Recht, keine Kinder von Trinkern und Linksverdächtigen, die Freiheit ist ein köstliches Gut, kurzum, die Schweiz noch immer ein ideales Land und nicht zu vergleichen mit dem so traurigen Frankreich,

das immer nur streikt.“ (Frisch, *Stiller*, Ffm 1972, S. 280) Und in *Mein Name sei Gantenbein* findet sich zum Beispiel jene Stelle, wo Frisch, den scheinbar blinden Gantenbein erzählen lassend, über Alltäglichkeiten auf den faschistischen Schriftsteller Jünger Seitenhiebe verteilt, die zur Kritik des Bildungsbürgertums werden. „Manchmal haben wir Gesellschaft, und das ist schwieriger — weil die anderen beobachten — beispielsweise wenn Lila nicht sieht, daß die Aschenbecher endlich geleert werden müssen, daß zum schwarzen Kaffee leider der Zucker fehlt, daß unser Hund (ich denke, wir haben einen Hund) mit seinem Schnarchen unter dem Tisch nichts beiträgt zu der Frage, ob Ernst Jünger eine Wandlung durchgemacht habe ...“ (Frisch, *Mein Name sei Gantenbein*, Ffm. 1971, S. 82) Gantenbein ist der Blinde, der sich nicht nur in bezug auf die Realität als nichtblind erweist, sondern auch in bezug auf Literatur, sich aber blind stellt. Wie gesagt, der Hieb gegen Jünger weitet sich in den nächsten Sätzen in eine Polemik gegen die Tischgespräche des Bildungsbürgertums aus: „Jemand wechselt auf Joyce ... Jemand wechselt auf Bennis, was mich nicht verwundert; Kafka ist schon an der Reihe gewesen ... Sie sieht nicht, daß der unerbittliche Herr, der jetzt in jedem Gespräch mit dem großen Vorbild von Brecht aufkreuzt, das gleiche Gesicht trägt wie ein Herr, der bis zuletzt in der Reichsschrifttumskammer gewesen ist, und natürlich tue ich, als sehe ich es auch nicht ... Jemand wechselt auf Musil.“ (Ebd., S. 82 ff.) Nach seinem Tod wird Frisch selbst in die Reihe der Tischgesprächsliteraten aufgenommen werden — das muß die größte



Max Frisch

Angst eines Kritikers sein.

Man muß Frisch nicht politisch überinterpretieren, um seinen literarischen Qualitäten gerecht zu werden. Sein aufklärerischer Impetus macht seine Schriften weder plakativ noch verstiegen. Wenn Frisch von Handwerk redete, dann immer im Sinne eines Gelingens der Vermittlung von Form und Inhalt. Und daß er einer der wenigen Schriftsteller war, die sich nicht selbstgenügsam in die Kunst zurückzogen, sondern sowohl sich als Schriftsteller wie überhaupt als Intellektuelle reflektierten, zeigt sich zum Beispiel am Ende des Vorspiels der *Chinesischen Mauer*. „Unsere Farce beginnt! (Der Bau von chinesischen Mauern kann im Zeitalter der Wasserstoffbombe, versteht sich, nur eine Farce sein.) ... Ich spiele darin die Rolle eines Intellektuellen.“ (in: *Akzen-*

te, a.a.O., S. 396) Und was in den 40er und 50er Jahren für Frisch noch eine Parodie auf die Ohnmacht des Intellektuellen angesichts der Atombombe war, wird in einer Fassung von 1972 eine Farce auf den gesellschaftlichen Zustand insgesamt, wo aber nicht mehr der Intellektuelle als der spezialisierte Kritiker erscheint: „Zeit der Handlung: heute abend. (Also in einem Zeitalter, wo der Bau von chinesischen Mauern, versteht sich, eine Farce ist.) ... Ich spiele darin die Rolle eines Heutigen.“ (Frisch, *Die Chinesische Mauer*, Version für Paris 1972, Ffm. 1973, S. 12) Eine selbstkritische Haltung ließ die Kritik bei Frisch immer aktuell sein. Max Frisch ist tot, doch gerade seine Werke leben weiter, wo die literarische Qualität vieler zeitgenössischer Autoren schon vor deren Tod gestorben ist. — (rob)

Mont. John Heartfield

Vor hundert Jahren am 19. Juni wurde Helmut Herzfeld geboren. Im ersten Weltkrieg 1916 anglisierte er seinen Namen und nannte sich John Heartfield aus Protest gegen den deutschen Chauvinismus und speziell gegen die Grußformel deutscher Nationalisten: „Gott strafe England!“ „Gott strafe es!“ Nach einer Ausbildung an der Kunstgewerbeschule in München, wohin er entlaufen war, und Arbeit als Werbegrafiker in Mannheim zog er nach Berlin und arbeitete mit seinem jüngeren Bruder Wieland zusammen bei der Herstellung und Herausgabe von linken Zeitschriften, die meist rasch verboten wurden. 1917 gründete Wieland, der sich Herzfelde nannte, den Malik-Verlag, in dem die Bücher zahlreicher fortschrittlicher Schriftsteller erschienen, z.B. Bücher von Upton Sinclair, Heinrich Mann,

Anna Seghers. John Heartfield machte Buchumschläge, die aus Text- und Bildteilen zusammengesetzt waren und mit denen er sich bewußt von den üblichen, nur beschrifteten Umschlägen absetzte.

Heartfield arbeitete in den folgenden Jahren mit dem Zeichner George Grosz zusammen. Ab 1919 erschien in der Abteilung Dada des Malik-Verlages die Zeitschrift „Dada 3“ der Berliner Dadaisten. Heartfield fühlte sich den Dadaisten verbunden in der Ablehnung der klassischen bürgerlichen Kunst und in den Versuchen, aus vorgefertigten Stücken Klebbilder, Collagen, zu machen, die durch ihren Herstellungsprozeß und die deutlich sichtbare Arbeit sich der modernen Produktionsweise annähern und den Mythos vom schöpferischen begnadeten Künstler angreifen sollten. Heartfield nann-

te sich daher „Monteur“ und unterzeichnete seine Arbeiten mit „mont. John Heartfield“.

Heartfield trat in die KPD ein und arbeitete seit 1930 für die „Arbeiter-Illustrierte-Zeitung“ (AIZ). Diese Zeitung der KPD erschien wöchentlich und erreichte mit einer halben Million die zweithöchste Auflage einer Illustrierten in dieser Zeit. Sie stützte sich auf die Arbeiterfotografen, die bewußt Fotos lieferten, die in der bürgerlichen Presse nicht zu finden waren.

In dieser Zeit entwickelt Heartfield Fotomontagen, die berühmt geworden sind. Er benutzt fast ausschließlich Fotos, die bereits veröffentlicht sind, setzt Teile zusammen, retu-

schiert und fügt Texte hinzu. In den gezielt kombinierten Montagen kontrastiert er die Ideologie der faschistischen Herrscher und der gesamten Reaktion mit der Wirklichkeit, die sich nicht mit dem bloßen Auge sehen, also auch nicht fotografieren läßt, wie die bürgerliche Presse vor täuscht. Die Wahrheit kann nur gefunden werden durch Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse und Enthüllung ihrer Wirkung auf die arbeitenden Klassen. Als Beispiel ist die Titelseite der AIZ Nr. 26 aus dem Jahr 1935 abgedruckt. Wir sehen eine Familie, die um den Tisch sitzt und in verschiedene Metallteile beißt. Am unteren Rand steht das Zitat aus einer Rede Görings:

„Erz hat stets ein Reich stark gemacht. Butter und Schmalz haben höchstens ein Volk fett gemacht.“ Das Bild in der „Hitlerlecke“ und die mit Hakenkreuzen tapezierte Wand lassen die Leser schließen, daß es die Faschisten sind, die ihnen das Essen wegnehmen. In größerer Schrift erscheint die bitter satirische Schlußfolgerung: „Hurrah, die Butter ist alle!“ Dieser Satz kontrastiert noch einmal sehr knapp den Hurrahschrei als Kennzeichen des aggressiven Patriotismus mit der Tatsache, daß die Menschen keine Butter mehr zu essen haben.

1933 emigrierte Heartfield nach Prag und setzte dort die Arbeit für die AIZ und den Malik-

Verlag fort. 1938 floh er über Paris nach London, wo er bis 1950 lebte. Dann ging er in die DDR und arbeitete nach langer Trennung wieder mit seinem Bruder zusammen für Verlage, Theater und Organisationen. Geehrt wurde er dort erst spät. 1956 wurde er zum Ordentlichen Mitglied der Akademie der Künste gewählt. Er starb am 26. April 1968.

Quellenhinweis: John Heartfield in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, dargestellt von Michael Töteberg, Rowohlt Monographien 257; Eckhard Siepmann, Montage: John Heartfield, Vom Club Dada zur Arbeiter-Illustrierten-Zeitung, Elefant Press Galerie, Berlin (West) 1977 — (ant)



Aktion von John Heartfield (links) und Wieland Herzfelde (rechts) in den sechziger Jahren in Prag gegen Neo-Dada. Auf den Tafeln steht in tschechischer und deutscher Sprache: „In memoriam POP ART, dieser Fehlgeburt der Großmutter DADA“



Montage: Hurrah, die Butter ist alle!



Buchumschlag: Upton Sinclair, Alkohol